

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Für Kampfeinheit der Weltarbeiterklasse

Internationale Konferenz der revolutionären sozialistischen Parteien

Am 5. und 6. Mai fand in Berlin eine Konferenz von Vertretern linkssozialistischer revolutionärer Parteien statt, an der Delegierte der folgenden Parteien teilnahmen:

- Unabhängige Arbeiterpartei Englands,
- Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei Polens,
- Unabhängige Sozialistische Partei Hollands,
- Arbeiterpartei Norwegens,
- Unabhängige Sozialistische Partei Bulgariens,
- Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Der polnische Bund, der das Erscheinen eines Vertreters zugesagt hatte, konnte nicht vertreten sein, da die polnische Regierung die Ausstellung eines Passes für den Delegierten ablehnte.

Die Sitzung wurde von Fenner Brockway, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, und dem Vorsitzenden der SAP, Kurt Rosenfeld, geleitet.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Frage der internationalen Zusammenarbeit der linken Arbeiterparteien. Es wurde beschlossen, eine enge und dauernde Verbindung zu schaffen und die ILP, die Norwegische Arbeiterpartei, die SAP und die Holländische Unabhängige Sozialistische Partei aufzufordern, Vertreter zu bestimmen, die diese Verbindung aufrechterhalten und, wenn nötig, die Initiative zu gemeinsamen Aktionen ergreifen.

Wichtige Beratungen wurden geführt über die Weltwirtschaftskrise und über das Problem der Kriegsgefahr. Zu diesen Fragen wurden einstimmig Beschlüsse gefaßt.

Der Vertreter der Norwegischen Arbeiterpartei erklärte, daß er die Beschlüsse der Konferenz dem Vorstand seiner Partei vorlegen müsse, bevor er seine Unterschrift geben könne.

*

Zum Abschluß der Konferenz fand in den Sälen des „Märchenbrunnens“ in Berlin-Friedrichshain ein internationales Maskenmeeting gegen Faschismus und Kriegsgefahr statt, in der die Genossen A. Fenner Brockway und John Paton, England (ILP.), Finn Moë, Norwegen (NAP.), P. J. Schmidt, Holland (USP), Josef Kruk-Polen (USAP), Jaques Ascher, Bulgarien (LSG) und Max Seydewitz sprachen.

Den Rednern der Internationale wurde immer wieder erneuter stürmischer Beifall der begeistertsten Versammlungsbesucher zuteil, als

sie in der gemeinsamen revolutionären Sprache der Internationale gegen die nationalistische Seuche, die im Gefolge der Weltwirtschaftskrise in allen Ländern entstanden ist, gegen den drohenden Sieg des deutschen Faschismus als einer Weltgefahr, gegen die imperialistischen Abenteuer und Rüstungen, gegen die Umtriebe des Völkerbundes, der imperialistischen Regierungen und für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Befreiung der Kolonialvölker, für den Sturz des bankrottenden kapitalistischen Weltsystems — den revolutionären Einsatz der internationalen Einheitsfront der Arbeiterklasse forderten, und den großen Hoffnungen Ausdruck gaben, die die Arbeiter ihrer Parteien der jungen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und ihrer Aktion für die proletarische Lösung der Krise in Deutschland und dem Kampfblock der deut-

schen Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus, in bewegten Ansprüchen zum Ausdruck brachten.

Als der Genosse Max Seydewitz den Rednern der Internationale antwortete und den entschlossenen Willen der SAP zum Ausdruck brachte, den begonnenen Kampf um die Erneuerung der deutschen Arbeiterbewegung zum Siege zu führen, als er der Versammlung zurief:

„Das ist die Lehre der letzten Wahlen: wenn die SAP noch nicht bestünde, so müßte sie angesichts des Versagens der alten Parteien jetzt erst recht gegründet werden“,

da unterbrach ihn minutenlange stürmische Zustimmung.

Mit dem Gesang der Internationale wurde die dankwürdige Versammlung geschlossen. (Ausführlicher Bericht und Wortlaut der Beschlüsse im Innern des Blattes.)

Doumer gestorben

Paris, 7. Mai. Staatspräsident Doumer ist heute morgen um 4,40 Uhr seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die Leiche ins Elysee übergeführt

Paris, 7. Mai 1932

Die Leiche des Präsidenten der Republik wurde um 5.15 Uhr in das Schloß Elysee übergeführt. Ueber die Aufbahrung soll später beschlossen werden. Die französischen Minister, die bis in die frühen Morgenstunden im Krankenhaus versammelt waren, treten heute vormittag 1/2 12 Uhr zu einem Kabinettsrat zusammen, um sich mit der neuen Lage zu befassen.

„Mörder des französischen Staatspräsidenten“

TU. Paris, 6. Mai 1932

Ueber die Person des Attentäters auf Doumer wird folgendes bekannt: Gorgulow ist russischer Emigrant und lebt seit vielen Jahren in Frankreich. Vor einiger Zeit wurde er aus Frankreich ausgewiesen. Er begab sich nach Monaco und gründete dort einen faschistischen Verband, dem etwa 40 Personen angehörten. Infolge innerer Streitigkeiten löste sich der Verband jedoch auf. Gorgulow kam

sodann nach Paris, mit der Absicht, den Präsidenten der Republik zu töten. Was ihn auf diesen Gedanken gebracht hat, ist vorläufig ungeklärt. Die Absicht kommt auch darin zum Ausdruck, daß er in seinen Ausweispapieren in der Spalte Beruf, die Worte einfügte:

„Mörder des französischen Präsidenten“.

Es handelt sich also offenbar um einen Geistesgestörten. Er erklärt, von niemandem Geld erhalten zu haben.

Das Geständnis des faschistischen Mörders

Unter der Ueberschrift „Das Tagebuch eines Wahnsinnigen“ veröffentlicht die „B Z am Mittag“ Teile aus den Memoiren, die Groguloff kurz vor dem Attentat unter dem Titel „Memoiren des Dr. Paul Groguloff, Führer und Präsident der politischen Partei der russischen Faschisten“ niedergeschrieben hat. Darin finden sich gleich zu Beginn folgende bemerkenswerte Äußerungen:

„Meine Bürde ist das Wohl meines Vaterlandes, ein erträumtes Ideal, das aber kostbarer ist als der Ruhm, das Gold oder auch



Sozialistische Arbeiterzeitung. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 1.20. Abonnement durch die Post bezogen: RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2.10 monatlich zuzüglich RM. 1.30 Porto.

das Leben, denn kein Leben ist möglich ohne Vaterland. Ihr Europäer seid Canaillen, warum wollt ihr nicht, daß auch wir Russen das besitzen, was ihr habt, das heißt: ein Vaterland. Warum unterstützt ihr den Bolschewismus und warum verbündet ihr euch mit ihm?“

Das Tagebuch eines Wahnsinnigen? Würde sich der Attentäter so bestimmt zum Bolschewismus bekannt haben wie zum Faschismus — der bürgerlichen Presse würde keinen Augenblick einfallen, den Geisteszustand Groguloffs zu bezweifeln. In der Tat handelt es sich hier um ein sehr eindeutiges Geständnis — allerdings um das Geständnis eines russischen Faschisten.

Eine dringende Lücke auszufüllen ...

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat am 28. April ein Urteil gefällt, in welchem die polizeiliche Ueberwachung von Versammlungen als gesetzlich unzulässig erklärt wird.

Dieses Urteil setzt die Regierung in Verlegenheit. Der Polizei wäre praktisch die Möglichkeit der Versammlungsüberwachung genommen. Die bürgerliche Presse schreit bereits nach einem sofortigen Eingreifen des Gesetzgebers. Sie erwartet binnen kurzem eine entsprechende neue Verordnung der Reichsregierung, und wir zweifeln nicht, daß die gesetzliche Lücke schleunigst ausgefüllt werden wird.

Erwerbslosenunruhen in Chemnitz

TU. Chemnitz, 7. Mai 1932

Im Anschluß an drei Erwerbslosen-Versammlungen bildete sich Sonnabend vormittag ein Demonstrationzug in der Sonnenstraße. Die Polizei machte von ihren Schußwaffen Gebrauch. Durch die abgegebenen Schüsse wurden eine Person getötet und zwei weitere schwer verletzt.

Stillegung der Junkers-Werke

TU. Dessau, 7. Mai 1932

Die Stillegung der Junkers-Flugzeugwerke ist am Freitag abend erfolgt. Es wurden etwa 850 Arbeiter und 400 Angestellte davon betroffen.

Vorkämpfer der Arbeiterklasse

Von Max Seydewitz

Die Ideen und die Grundätze, für deren Durchsetzung die Sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland kämpft, sind der Grundgedanke der Arbeit und des Kampfes vieler proletarischer Gruppen und Parteien in allen Ländern der Welt. Den Beweis dafür erbracht die erste internationale Zusammenkunft der der Sozialistischen Arbeiterpartei nahestehenden Gruppen, die am 5. und 6. Mai in Berlin stattfand. An der ohne große Vorbereitungen zusammengekommenen internationalen Besprechung nahmen teil Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der Norwegischen Arbeiterpartei, der unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands, der unabhängigen Arbeiterpartei Polens, Vertreter aus Bulgarien und vom Sozialistischen Bund Polens, Vertreter anderer Gruppen und Länder haben an dieser ersten Zusammenkunft wegen Paß- und anderer Schwierigkeiten und wegen der kurzen Vorbereitung nicht teilnehmen können, sie haben aber versichert, daß sie den Kampf und die Arbeit der Gruppen, die in Berlin zur Aussprache zusammengekommen sind, tatkräftig unterstützen werden.

Das erfreuliche Ergebnis dieser internationalen Zusammenkunft ist die auf vollkommen innerer Uebereinstimmung beruhende einstimmige Annahme von zwei Entschlüssen, die auf Grund der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Situation die Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr aufzeigt. Den Proletariern der Sozialistischen Arbeiterpartei, die in kritischer Situation einen schwierigen Kampf gegen die in Deutschland ganz besonders große Gefahr des Faschismus zu führen hat, ist es eine ganz besondere Freude, daß Proletariat in den anderen Ländern in der Beurteilung der ökonomischen Situation und in den Schlußfolgerungen, die die Arbeiterklasse aus dieser Situation für ihren Kampf zu ziehen hat, dieselbe Auffassung wie sie vertreten und zu denselben Schlußfolgerungen kommen. Die Tatsache, daß Proletariat in den anderen Ländern, die unter der Krise in gleichem Maße zu leiden haben, wie die deutschen Proletariat, die der Arbeiterklasse heute gestellte Aufgabe im Kampf gegen den Faschismus und im Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterklasse durch den niedergehenden Kapitalismus genau so sehen, wie wir, bedeutet eine innere Stärkung und Kräftigung des Kampfes der Sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland.

Die Englische Unabhängige Arbeiterpartei ist der Vortrupp der englischen Arbeiterbewegung, der in immer stärkerem Maße innerhalb der englischen Arbeiterklasse für den revolutionären Machtkampf wirbt und der in diesem revolutionären Machtkampf angesichts der täglich sich steigenden Wirtschaftskrise den einzigen Ausweg der Arbeiterklasse aus dieser Krise sieht. Nicht anders beurteilen die anderen bei der Berliner internationalen Aussprache anwesenden Gruppen die Situation; auch die Norwegische Arbeiterpartei, die dank ihres konsequenten, revolutionären klassenkämpferischen Standpunktes in den Kämpfen dieser Krise die weiteststärkste Arbeiterpartei Norwegens ist. Die Norwegische Arbeiterpartei, die in einem Land von nur zwei Millionen Einwohnern über 80 000 Parteimitglieder zählt, und der es gelungen ist, in starkem Maße die geschlossene Front der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und die kapitalistische Offensive abzuwehren, ist ein lebendiger Beweis für die Möglichkeit, mit einem entschlossenen, aller Koalitions- und Tolerierungspolitik abholden klassenkämpferischen Standpunkt, die Interessen der Arbeiterklasse in dieser Krise wahrzunehmen.

Der tiefere Sinn der Berliner internationalen Zusammenkunft soll die Mobilisierung der Arbeitermassen für die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern und international in der ganzen Welt sein. Das Versagen der II. Internationale und die Unzulänglichkeit und Aktionsunfähigkeit der III. Internationale zwingt in der heute so bedrohlichen Situation zum verstärkten Einsatz aller Kräfte für Bildung der nationalen und internationalen Klassenfront zum Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, zum Kampf für die Überwindung des kapitalistischen Systems. So wie die Sozialistische Arbeiterpartei die Avantgarde für die Schaffung des Kampfblockes der Arbeiterorgani-

Massenmeeting im Märchenbrunnen

Die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien vor den Berliner Arbeitern!

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Sozialistischen Arbeiterpartei hatte für Freitag zu einer großen internationalen Kundgebung mit einer Anzahl ausländischer Genossen als Referenten aufgerufen. Die Prachtstraße „Am Märchenbrunnen“ waren vollbesetzt.

Nach einleitenden Worten des Genossen Hans Selgemoer sprach zu dem Thema des Abends: „Unser Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr“ als erster der

Genosse John Paton von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Er überbrachte die Grüße der englischen Genossen, die das vollste Verständnis für un-



seren Kampf in Deutschland haben. Auch sie haben Stellung bezogen gegen alle reformistischen und halbreformistischen Tendenzen innerhalb der englischen Arbeiterbewegung, auch sie wenden sich gegen jede Koalition mit dem Bürgertum. In der letzten Zeit habe sich die wirtschaftlich-politische Situation Groß-Britanniens mehr und mehr der deutschen angeglichen. Auch das englische Proletariat stehe unter dem Druck einer nationalen Regierung, die bereits faschistische Züge trage.

Der Faschismus ist in der ganzen Welt eine Begleiterscheinung des im Niedergangstadium befindlichen Kapitalismus.

In allen Ländern erhebt der faschistische Terror sein Haupt. Es sei heute eine müßige Frage, ob diese Krise bereits die Endkrise des



Kapitalismus sei oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage hänge allein vom Weltproletariat ab. Heute ist es nicht mehr möglich, daß eine einzelne Partei den Kampf gegen den Faschismus erfolgreich durchführen kann. An die Stelle der Parteiaktion müsse die Klassenaktion treten. Den Sieg über Faschismus und Kapitalismus verbürge nur noch die gesamte Klasse, das einmütige Zusammenstehen der Prolet in aller Richtungen (starker Beifall).

Der nächste Redner, der norwegische Genosse Fenn Moe, versicherte das deutsche Proletariat der stärksten Sympathie der skandinavischen Klassengenossen. Auch die norwegische Arbeiterschaft stehe heute im schwersten Kampf, auch dort gebe es bereits Ansätze für den Faschismus. Erst im letzten Jahr haben die norwegischen Arbeiter mit größter Zähigkeit und Energie eine sechsmonatige Aussperrung durchgehalten. Diese ihre Niederlage hat die Bourgeoisie den Arbeitern nicht vergessen können. Heute sei man drauf und dran, den Arbeitslosen das Stimmrecht zu nehmen. Die skandinavischen Werktätigen schauen heute mit größter Spannung auf die Klassenkämpfe

sationen in Deutschland ist, so ist die Sozialistische Arbeiterpartei mit den ihr innerlich verbundenen Gruppen und Parteien der anderen Länder in geschlossener Einheit die Vorkämpferin für ein aktionsfähige, die ganze Welt umspannende Internationale, für die Verwirklichung des alten proletarischen Kampfrufes: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

in Deutschland, hier wird das Schicksal des Weltproletariats in nächster Zukunft entschieden.

„Ihr habt unsere vollste Sympathie. Wir sind bereit, euch mit den äußersten Mitteln zu unterstützen!“ (starker Beifall) Der Redner begrüßt die Gründung der SAP in Deutschland, denn nur der revolutionäre Sozialismus erkläre den Ausweg aus der Krise. „Daran vorwärts im Geiste des Sozialismus!“

Genosse Josef Krak überbrachte die Grüße unserer polnischen Klassengenossen. Die Folge

der faschistischen und militärischen Hetzereien in Deutschland und Polen sei es, daß heute wieder die deutsch-polnische Grenze als eine Hauptgefahrzone für einen neuen Krieg anzusehen sei.

Spontaner Beifall dankt dem Genossen Krak bei der Aufforderung, im Falle einer neuen kapitalistischen Völkerschlechterei

die Hände sich über Grenzen und Gräben zu reichen.

Die Geschichte des Kapitalismus ist eine Chronik des Massenmordes. Auch die täglichen Selbstmorde in den kapitalistischen Ländern fallen unter die Blutschuld des Weltkapitalismus. Auch die Genossen Jean Jaurès, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Matteotti sind Opfer des Kapitalismus gewesen, die bis heute noch nicht gerächt sind.

Als Reaktion auf die nationalistische, reformistische, kapitalfreundliche Politik der Sozialdemokratie hat sich in allen Ländern ein

Sturmtrupp

des revolutionären Sozialismus gebildet.

In Deutschland ist es die SAP, die ihren Kampf im Geiste Karl Liebknechts führt.

Erst vor wenigen Tagen hat sich in Polen eine Hitlerpartei gegründet. Man könne das als ein Symptom für den Vormarsch der international organisierten Konterrevolution betrachten.

„Es gibt in der Welt nur zwei Rassen, das sind die Ausbeuter und die Ausgebeuteten. Vereinigt euch, Genossen! Es lebe die Föderation der freien sozialistischen Republik der Welt!“ (Stürmischer Beifall.)



Genosse J. P. Schmidt von der Unabhängigen Sozialistischen Partei Hollands berichtete von der Zuspitzung der ökonomischen Konflikte auch in Holland. Die Krise habe auch den Trennungsstrich zwischen den reformistischen und revolutionären Arbeitern in den Niederlanden gezogen. Die Spaltung sei durch das Faktieren der Reformisten mit der Bourgeoisie unvermeidlich geworden. Wie notwendig diese gewesen sei, bewiese die Organisation, die sich die Partei innerhalb vier Wochen habe aufbauen können. Die

Unabhängige Sozialistische Partei Hollands besitzt heute schon 87 Ortsgruppen mit insgesamt 6000 Mitgliedern.

Die Zeitung „De Fakkelt“ habe ihre Abonnentenzahl von 5000 auf 15000 steigern können. Die Partei stehe auf dem Standpunkt, daß im Kampf gegen Krieg und Militarismus zunächst einmal mit aller Illusionspolitik gebrochen werden müsse. Nicht Institutionen des Weltkapitalismus, wie es der Völkerbund eine ist, bereinigen die Atmosphäre der drohenden Kriegsgefahr, sondern nur die Aktion der Arbeiterklasse.

„Ein neuer Weltkrieg muß umgewandelt werden in einen Krieg gegen die Weltbourgeoisie. Unsere sozialdemokratischen Genossen haben gesagt, das sei doch aber illegal; darauf haben wir geantwortet, gegen einen legalen Krieg müsse illegal gearbeitet werden.“ (Lebhafter

(Beifall.)

Im Kampf gegen den Faschismus sei es die Aufgabe der deutschen Genossen, alle Kräfte

zu konzentrieren auf den Gedanken, die Einheit front herzustellen.

Genosse Fenn Brockway von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands charakterisierte unter dem Beifall der Versammlung Deutschland als einen Gefängnisstaat, Leibesvisitationen, wie die deutsche Polizei sie an ihm beim Betreten des Saales vorgenommen habe, kennzeichnen nur von seiner eigenen Gefäng-



niszeit her. Genosse Brockway ging dann auf das Kriensbild in der gesamten kapitalistischen Welt ein: überall Massenarbeitlosigkeit, Elend und Ausbeutung, sinkender Lebensstandard der Werktätigen. Im krassen Gegensatz dazu stehe das Land des sozialistischen Aufbaus: die Sowjetunion. Dort zeige sich eine neue Ordnung, dort ist die Arbeitslosigkeit gestorben, das russische Beispiel wirkt beherbernd auf die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

In den kapitalistischen Ländern muß das Proletariat endlich die engen Parteiinteressen vergessen,

es muß die Einheit der Klasse erkämpfen. Ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Einigung ist die Ablehnung aller Kompromisse. Das Ziel der Arbeiterschaft liegt nicht in der Koalition mit bürgerlichen Parteien, sondern nur in der eigenen Kraft! Die SAP dürfe sich nicht durch den Wahlausgang am 24. April entmutigen lassen, sie müsse zu neuen und wichtigen Aufgaben vorstoßen, sie, die Partei der Jugend und damit der Zukunft, habe die

große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, eine Brücke zu sein zwischen den heute noch intransigenten Teilen des Proletariats, die in der SPD und KPD organisiert sind.

Der bulgarische Genosse Ascher gab seinen großen Hoffnungen Ausdruck, die er auf die SAP als Kämpferin gegen den Reformismus und Exponentin des Einheitsfrontgedankens setzt.

In Bulgarien gibt es heute noch theoretisch eine Demokratie und ein Parlament, in Wirklichkeit jedoch weder das eine noch das andere. 1923 glückte einer vom Großkapital finanzierten militärischen Clique der Staatsstreich, und zwar unter der Mithilfe eines Sozialdemokraten! Die starke KP Bulgariens stand damals Gewehr bei Fuß! Als sie dann Wochen später, nachdem sich die Reaktion gefestigt hatte, einen Aufstand versuchte, wurde er niedergeschlagen. 30 000 Arbeiter und Bauern fielen dem Terror zum Opfer. In diesem Zusammenhange hatte die Mahnung des Genossen Archer, den Faschismus in Deutschland nicht an die Macht kommen zu lassen, eine besondere Bedeutung.

Genosse Max Seydewitz ging in aller Kürze noch einmal auf das Wahlergebnis vom 24. April ein. Nicht die eine oder andere Partei habe eine Niederlage erlitten, sondern die gesamte Arbeiterklasse. Hätte die SAP bis zum 24. April noch nicht bestanden, so hätte der Wahlausgang und das Versagen der großen Arbeiterparteien uns die Verpflichtung auferlegt, unsere Partei ins Leben zu rufen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall!)

Wenn etwas bedauert werden mußte, so die Tatsache, daß die SAP nicht schon zwei Jahre früher gegründet worden sei,

denn dann hätte sie heute schon größere Wirkungsmöglichkeiten gehabt. Eine Illusion sei es, daß der Faschismus durch eine parlamentarische Stimmzettelaktion zu schlagen sei. Es müßten die Voraussetzungen geschaffen werden für einen neuen Kampfboden zur Durchführung außerparlamentarischer Massenaktionen der in einem Kampfblock vereinigten deutschen Arbeiterorganisationen aller Richtungen. Die Rede des Genossen Seydewitz wurde von der Versammlung mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Der gemeinsame Gesang der Internationale gab der eindrucksvollen Kundgebung einen würdigen Abschluß.

Leser werbt für die SAZ

Ein fährliches Konto von 22 Milliarden Mark:

Das Konto Krieg

Die Völker verkommen in der Krise. Für Millionen und aber Millionen Menschen ist das tägliche Brot auf Hungerration gesetzt. Hunderttausende in den „zivilisierten“ und Millionen in den kolonialen Ländern verhungern buchstäblich. Aber die Regierungen der Völker führen ein Milliardenkonto — für den Krieg! Nicht weniger als 22 Milliarden Mark — zweiundzwanzig (!!) Milliarden — betragen die Militärausgaben.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Denkschrift, herausgegeben von der Liga für Menschenrechte zum Reparations- und Abrüstungsproblem. Der Verfasser ist Genosse Lehmann-Rußbüldt. Die Denkschrift ist eine Materialsammlung. Sie hat den Zweck der Ueberrückung an Gewerkschaften, Kultur- und Friedensorganisationen aller Länder. Sie unterstützt Abrüstungsforderungen und vertritt einen pazifistischen Standpunkt, der den Klassencharakter der imperialistischen Rüstungen wohl aus Gründen der bestimmten Propaganda, der sie dienen soll, nicht berücksichtigt. Aber dennoch ist die Denkschrift höchst lehrreich, absolut überzeugend und beweiskräftig in den Tatsachen und die Anwendung ihres Materials auch für die Vertretung der revolutionären Auffassungen unentbehrlich.

Die Untersuchung des Kontos Krieg der verschiedenen Völker umfaßt nicht nur die offiziellen Rüstungen, sondern auch die meisten nicht berücksichtigten Belastungen aus früheren Rüstungen, die Erbschaft der imperialistischen Verbrechen der vergangenen Epoche, die Kosten der Kriegsfolgen und schließlich auch die in allen Ländern verschleierte und getarnten Militärausgaben, die erst mühsam aus dem Veilchendasein in anderen, anscheinend ganz friedlichen Etatspositionen herausgefunden werden mußten.

Sie ergibt das aufreizende und erschütternde Resultat, daß mit fünf Milliarden Dollars gleich 22,5 Milliarden Mark im Jahre, wohlgerichtet auch in den schwersten Krisenjahren, alle kapitalistisch und halbkapitalistisch regierten Länder weit über die Hälfte des Steuereinkommens für die Folgen vergangener und die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege aufbringen. Die Denkschrift leuchtet auch in die Kosten der sogenannten „strategischen Anlagen“ hinein, d. h. etwa in den Bau von aus wirtschaftlichen Gründen niemals zu rechtefertigen Eisenbahnlagen, insbesondere Bahnanlagen, von Luftlinien und Landeplätzen, die sich kapitalistisch nie verwerten könnten und lediglich militärischen Zwecken dienen, Telefon- und Radioverbindungen, Subventionierung bestimmter für Rüstungszwecke im Kriegsfall vorgesehene und eingerichtete Fabrikationszweige etc.

Natürlich gehören auch noch die Kapitalanlagen der privaten Rüstungsindustrie in dieses Konto. Der Verfasser kommt über das notwendige Schicksal der eigenen Abrüstungsvorschläge zu einem kritischen Schluß, wenn er sagt: „Solange der Einfluß von Geheimdiplomatie, Berufsmilitär, Rüstungsindustrie und Hochfinanz auf die politischen Geschehnisse nicht ausgeschaltet ist, werden alle Hemmungen, die dem Krieg bereitet werden, sich nur in Aufspeicherungen des geistigen und materiellen potentiell de guerre auswirken, d. h. des in den Völkern vorhandenen aber schlummernden Kriegesvermögens. Durch die Erweiterung der Rohstoffindustrie, besonders an Metall, Petroleum, Kohle, Pflanzstoffen zur Rüstungsindustrie, wird diese im Verein mit der Hochfinanz zur immer erneuerten Hauptursache des Krieges.“

Mit anderen Worten: der Kapitalismus ist der Krieg, nur der Sozialismus ist der Friede!

Die letzten Genfer Abrüstungsdebatten zeigen, daß nicht einmal die „Abrüstungsvorschläge“ des amerikanischen Delegierten Gibson — gemacht im Interesse der Vormachtstellung der gigantischen amerikanischen Rüstungen — für die Abschaffung der sogenannten „Angriffswaffen“ bei den Völkerbundmitgliedern Aussicht auf Annahme haben. Die Völkerbundsdelegierten sind die

Ein wirksames Agitationsmittel ist unsere neue Broschüre

„Prolet greif zu!“

Vertreter imperialistischer Länder oder von Vasallenstaaten der Imperialisten und deren Politik ist die Politik der herrschenden Klasse. Ihr rüstungsindustrieller Bestandteil und ihre eigenen Verteidigungsinteressen machen die Kriegsrüstungen gegen die Konkurrenten und die Bürgerkriegsrüstungen gegen die unterdrückten Klassen unvermeidlich. Erst ihr Sturz und die Errichtung der Arbeitermacht werden erlauben, daß die grauenhafte Massenvernichtung von Produktionsmitteln und Menschenleben, von Arbeitskraft und Werten,

die der Moloch Krieg verschlingt, ein Ende nimmt.

22 Milliarden Mark! Produktiv verwendet, wäre dieses Kapital allein genug, um einen großen Teil der Vollarbeitslosen der Welt von heute wieder in die Produktion zu bringen.

Verwendet wie heute, dient es nur dazu, die Wunden alter Katastrophen zu überpflastern, und neue, schrecklichere Wunden am Leibe der werktätigen Menschheit vorzubereiten. bf.

Riesenbrand im Hafen von New York

Der Cunard-Pier vernichtet

New York, 7. Mai 1932.

Ein Riesenfeuer vernichtete am Freitag die Cunard-Pier am Northriver im Hafen von New York. Die Pier ist der Land- und Löschplatz für die Dampfer der großen englischen Cunard-Linie. Ein Massenaufgebot der Feuerwehre bekämpfte die Feuersbrunst von der Land- sowohl wie von der Wasserseite aus, jedoch vergebens. Die von dem brodelnden Feuermeer entwickelte Hitze war so ungeheuer, daß auf den benachbarten Piers alle Fenster zersprangen. Auf der gesamten Wasserfront mußte der Verkehr völlig abgegesperrt werden. Zahlreiche Feuerwehrleute sind verletzt worden. Die Lagerschuppen mit ihrem wertvollen Inhalt wurden vollständig vernichtet.

Die Ursache des Riesenbrandes auf der Cunard-Pier konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Bei der Bekämpfung des Feuers mußte sich die Feuerwehr auf die Rettung der Nebendampfer beschränken. Da glücklicherweise keine Dampfer an der bren-

nenden Pier lagen, wurde größeren Unheil verhütet. Der an der benachbarten Pier liegende Dampfer „California“ mußte aus dem Gefahrenbereich geschleppt werden.

Der Riesenbrand der Cunard-Pier hat einen Schaden von schätzungsweise 2½ Millionen Dollar verursacht. Von den 740 tätigen Feuerwehrleuten mußten sich 250 wegen Rauchvergiftungen und äußerer Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben. Die Räumung der Cunard-Pier ist von der Polizei angeordnet worden. Der in der Nähe der Cunard-Pier ankernde französische Dampfer „Degraesse“ hat seinen Liegeplatz verlassen und in der Mitte des Stromes Anker geworfen.

Wie nunmehr festgestellt worden ist, ist der Brand der Cunard-Pier durch Funkenflug eines in Brand geratenen Abfallhaufens entstanden.

Erdstöße und Springflut an Jütlands Küste

Kopenhagen, 7. Mai 1932

Freitag wurde die Westküste Jütlands durch einige starke Erdstöße heimgesucht, die sich von Blaaland bis nach Varde mit wachsender Stärke fortsetzten. Auf der ganzen Küstenstrecke erbebten die Wohnhäuser; Schlafende wurden durch das Poltern von Möbeln und das Klirren der Fensterscheiben aus dem Schlafe geweckt. Die Erdstöße hatten eine Springflut zur Folge, durch die ein Wellenbrecher bei Blaaland zerstört wurde. Fischer auf See wurden von einem Schneesturm überrascht.

Stadt durch Wirbelsturm zerstört

Montevideo, 7. Mai 1932

Die Stadt Salto in Uruguay wurde von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht. Hunderte von Häusern wurden zerstört und viele Bäume entwurzelt. Im Flusse Uruguay strandeten zwei Schiffe. Der Wirbelsturm dauerte nur zwei Minuten.

Krieg im Frieden

London, 7. Mai 1932

In der Nähe von Stamford stießen am Freitag nachmittag zwei englische Kampfflugzeuge in der Luft zusammen und stürzten ab. Beide Maschinen gerieten in Brand und waren in wenigen Minuten nur noch ein Trümmerhaufen. Die Piloten, zwei Fliegeroffiziere, wurden getötet.

Arbeitertod

Harburg-Wilhelmsburg, 7. Mai 1932

Vor einigen Tagen war auf einem Grundstück in der Heimfelder Straße ein Schießstand für einen Schützenverein errichtet worden. Die frisch gezogene Mauer, die am heutigen Freitag vormittag von einer Seite mit Sand aufgeschüttet wurde, war offenbar dieser Belastung noch nicht gewachsen. Sie stürzte ein und begrub die Arbeiter Meier und Lautenschläger unter sich. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte die Verschütteten unter den Trümmern hervorziehen, doch hatte Lautenschläger bereits so schwere

Schädelverletzungen erlitten, daß er gleich nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist. Auch Meier hat schwere Verletzungen davongetragen, doch ist sein Zustand nicht lebensgefährlich.

Wer wirft den ersten Stein auf sie?

Saarlouis, 7. Mai 1932

In der Ortschaft Ihn ereignete sich in der Nacht zum Freitag ein blutiges Familiendrama. Der 48jährige Bergmann Peter

Die Potsdamer Voruntersuchung gegen Matuschka

Das Wiener Gericht läßt sich Zeit

Vor annähernd zwei Monaten hatte der Potsdamer Untersuchungsrichter an die Wiener Justizbehörden die Eröffnung gerichtlicher Ermittlungen gegen Matuschka über einen genau umrissenen Tatkomplex, der den Jüterbogger Anschlag betraf, zu übernehmen, damit die in Potsdam gegen Matuschka schwelende Voruntersuchung zu einem Abschluß gebracht werden kann. Merkwürdigerweise haben aber die Wiener Gerichte, obwohl auf Grund des gegenwärtigen Rechtshilfebekommens zwischen Deutschland und Österreich ein derartiges Ersuchen keinerlei Schwierigkeiten machen dürfte, bisher auf diesen Antrag in keiner Weise reagiert, so daß auch heute noch die Potsdamer Untersuchung gegen den Attentäter in der Schwebe ist, denn ohne ein Vorher des Angeklagten kann eine Voruntersuchung nicht ordnungsgemäß abgeschlossen werden. Für den Fall, daß die Angelegenheit sich noch weiter verzögert oder aber daß das Wiener Protokoll, wenn es doch endlich einmal eintreffen sollte, sich als unzureichend erweist, wäre mit einer Reise des Potsdamer Untersuchungsrichters, Landesgerichtsrat Eckardt, nach Wien zu rechnen, damit dort die richterlichen Feststellungen über das Verbrechen von Jüterbog getroffen werden können.

Jackel hatte in betrunkenem Zustande mit seinem verheirateten Sohn Streit bekommen. Als der Vater den Sohn mit einem Messer bedrohte, griff die 14jährige Tochter des Bergmannes nach einem Gewehr und schöß auf ihren Vater. Die Kugel drang Jackel in den Kehlkopf und führte seinen sofortigen Tod herbei. Das Mädchen wurde nach kurzen Vorher durch die Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt.

Rußland kennt keine Mode!

Wenn man Rußland heute bereist, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe dieses Land den Beweis dafür erbracht, daß man heute auch sehr gut ohne Mode auskommen kann. Die Sowjets haben die launische Dame, die soviel Freude und soviel Aerger über ihre Schwestern auszuschießen vermag, wie weiland Pandora mit der Büchse, wie es scheint, zum Lande hinausgejagt. Eine gewisse Konzession an den Kleiderluxus haben die Russinnen seit der Revolution jeweils immer nur der fremden Umgebung Rechnung tragend gemacht. So wird man auch heute noch die Gattinnen der Sowjetsattachés in den europäischen Staaten modern gekleidet sehen, im Lande selbst aber hat die russische Frau, wie gesagt, mit der Mode aufgeräumt. Man kann lange suchen, wenn man heute in Rußland eine nach europäischen Begriffen modern gekleidete Dame sehen will. Eine Ausnahme machen wohl die Bauerinnen, deren Nationaltracht auch heute noch in ihrer ganzen traditionellen Pracht das Auge des Beschauers erfreut. Vielfach hat man Versuche gemacht, für die Frauen „Arbeitsuniformen“ einzuführen, die sich jedoch nicht sonderlich durchzusetzen vermochten.

So beging Moskau den 1. Mai



Die Maifeiern in der Sowjetunion standen in diesem Jahre im Zeichen des Krieges, der dem Arbeiter- und Bauernstaat durch die kapitalistischen Raubstaaten droht. Daß das russische Proletariat gerüstet und entschlossen ist, jeden Angriff auf die Sowjetunion mit Waffengewalt abzuwehren, wurde bei den Riesenaufmärschen in den russischen Industriezentren und in Moskau unmißverständlich demonstriert. Unser Bild stellt einen Ausschnitt aus dem Maiaufmarsch in Moskau dar.

Die Roten Bücher

Der Gedanke, eine Marxistische Bücher-Gemeinschaft zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart wissenschaftlich zu beleuchten, entstand noch in den Reihen der linken Sozialdemokratie. Trotz aller Schwierigkeiten, trotz mannigfacher anderer Aufgaben auf politischem und organisatorischem Gebiet, die in Konsequenz zur Bildung der Sozialistischen Arbeiter-Partei führten, gelang es den Begründern der Marxistischen Bücher-Gemeinschaft, drei Bücher kollektiver Arbeit herauszugeben, die folgende Thematika behandeln: Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse. In diesem Buch werden die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die Krise des Kapitalismus, die Auswirkungen der Krise wie auch die Aufgaben der Arbeiterklasse untersucht. Das zweite Buch der Roten Bücher behandelt die Probleme der politischen Organisation der Arbeiterklasse und stellt die für die revolutionäre Arbeiterschaft so wichtige Frage: Die Organisation im Klassenkampf zur Diskussion. Den Lehren und Perspektiven der russischen Revolution, die heute für das internationale Proletariat von allergrößter Bedeutung sind, ist das dritte Buch gewidmet.

Als vor sechs Monaten die Sozialistische Arbeiter-Partei gegründet wurde, hat sie auf ihrem Gründungsparteitag ein provisorisches Programm und ein provisorisches Organisationsstatut angenommen, deren Mängel in den ersten Monaten des Bestehens der Partei zutage traten. Dem ersten Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei im März dieses Jahres hat die Programmkommission eine Reihe Programmentwürfe vorgelegt, die wegen der Kürze der Zeit in der Mitgliedschaft nicht mehr diskutiert werden konnten. Die vom Parteitag angenommene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm bilden für uns heute die Grundlage, von der aus die ideologischen und tagespolitischen Fragen gelöst werden können. Dagegen soll das Programm unserer Partei in der Schulungs- und Klärungsarbeit von der gesamten Mitgliedschaft erarbeitet werden. Als Beitrag zur Programmdiskussion ist das vierte Buch der Roten Bücher, wird die Gewerkschaftsfrage sozialdemokratischer Programme von Erfurt bis Heidelberg beschäftigt.

Die Marxistische Bücher-Gemeinschaft will jedoch auch außerhalb des Rahmens der Sozialistischen Arbeiterpartei wirken. Ihre Aufgabe ist, eine Reihe von Schriften zu schaffen, die heute nicht nur für die Mitgliedschaft der Sozialistischen Arbeiterpartei, sondern auch für die breiten Kreise der Arbeiterschaft von Nutzen sein werden.

Die immer schärfer werdenden Klassen-gegensätze, die verheerenden Folgen der Niedergangskrise des Kapitalismus, die drohenden Gefahren des Faschismus, stellen die klassenbewußte Arbeiterschaft vor Aufgaben, die nur in richtiger Verbindung der revolutionären Praxis mit der revolutionären Theorie gelöst werden können. Der Reformismus hat die Theorie von Marx und Engels, von Rosa Luxemburg und Lenin verfälscht. Die Kommunistische Internationale, wenn sie auch auf theoretischem Gebiete Verdienste aufweist, so

erfüllt sie infolge der mechanischen Uebersetzung der russischen Erfahrungen und der Verzerrung der Theorie nicht die ihr gestellten Aufgaben. Hier muß die Marxistische Bücher-Gemeinschaft eine Lücke ausfüllen. Sie wird in erster Linie eine Reihe von Schriften herausgeben, die wegweisend sein sollen. Das Programm der Marxistischen Bücher-Gemeinschaft sieht für die nächste Zeit die Herausgabe folgender Werke vor:

Das nächste, das fünfte Buch der Roten Bücher wird die Gewerkschaftsfrage behandeln. Die Autoren des Werkes untersuchen den Werdegang der Gewerkschaftsbewegung, die Bedingungen der gewerkschaftlichen Kämpfe, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsformen, das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien und schließlich die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften. Nach diesem Buch, das eine spürbare Lücke in der Literatur ausfüllen wird, wird die Marxistische Bücher-Gemeinschaft einen Band herausgeben, der der deutschen Arbeiterschaft Lenin als Strategen der proletarischen Revolution im Spiegel seiner Werke zeigen soll. Eine Monographie über Rosa Luxemburg

wird der Führerin des revolutionären Proletariats gewidmet sein. Ueber „Woge unserer sozialistischen Politik in der gegenwärtigen und zukünftigen Situation“ wird ein Buch erscheinen. Ein Lehrbuch der marxistischen Volkswirtschaftslehre soll der notwendigen ökonomischen Schulung dienen.

Die marxistische Bücher-Gemeinschaft ist auf ihre Mitglieder gestellt. Durch die Werbung neuer Mitglieder, durch den immer breiter werdenden Kreis der Freunde wird sie nicht nur das von ihr aufgestellte Programm erfüllen, sondern auch ihre Leistungen steigern. Jeder muß im Interesse der Durchsetzung unserer Bewegung und unseres Willens ein Werber für die Marxistische Bücher-Gemeinschaft werden.

Beitrittserklärungen nimmt an: der örtliche Literaturklub oder die Freie Vorlagengesellschaft Berlin O 27, Magazinstr. 15-16. Der Eintritt in die Bücher-Gemeinschaft verpflichtet nicht zur Abnahme der bereits erschienenen Bücher, bezieht aber, diese zum Mitgliedspreis zu erhalten. Der Eintritt erfolgt kostenlos. Für jedes Buch sind drei Monatsraten à 1 Mark zu zahlen.

Kleines Feuilleton

Was leistet unsere Lunge?

Nur die wenigsten ahnen, welche ungeheure Leistungen unsere Organe täglich vollbringen. Schon allein unsere Lunge leistet — wie im neuesten Heft des „Ärztlichen Wegweisers“ berichtet wird — Erstaunliches. Muß sie doch eine Luftmenge von 500 Kubikzentimetern in einem Atemzuge von nur drei Sekunden Dauer verarbeiten. Mit etwa sieben Atemzügen nimmt die Lunge etwa 400 Kubikzentimeter auf, eine Menge, die zur völligen Lufterneuerung der Lunge dient. Kinder atmen schneller als Erwachsene. So macht ein Kind in der Minute etwa 40 Atemzüge, ein Erwachsener etwa zwanzig. Man hat festgestellt, daß der Mensch nach den Hauptmahlzeiten am heftigsten atmet. Auf etwa vier Pulsschläge kommt ein Atemzug. Nach neuen Berechnungen hat man festgestellt, daß die gesunde Lunge in 24 Stunden etwa 744 g Sauerstoff aufnimmt, das sind 516 500 Kubikzentimeter. Außerdem atmet aber noch die Lunge 900 g Kohlensäure aus, und das sind etwa 455 500 Kubikzentimeter. Die Atmungs-luft enthält bekanntlich einen großen Ueberschuß an Kohlensäure, und das deutet darauf hin, daß innerhalb des Körpers bedeutende chemische Verbrennungsvorgänge stattfinden. Aber damit ist die Arbeit der Lunge noch keineswegs beendet. In der Atemluft befinden sich ja auch Wasserdämpfe, und so müssen denn in 24 Stunden auch noch 540 g Wasser ausgeschieden werden. Man hat herausgefunden, daß die atmosphärische Luft etwa 20 Prozent Sauerstoff, 78 Prozent Stickstoff, 0,04 Prozent Kohlensäure und 1,4 Prozent Wasser enthält. Stickstoff ist also in überragendem Maße in der Luft enthalten, aber er ist für den Menschen auch lebensnotwendig, denn er wirkt gewissermaßen als Bremse, um Herz und Lungen keine unnötige Mehrarbeit aufzubürden. Der Druck der Luft

wirkt auf den Körper wie eine riesige Last, denn er beträgt auf der gesamten Körperoberfläche 18 000 Kilogramm. Dieser Druck ist nur deshalb unmerklich zu tragen, weil die in den großen Körperhöhlen eingeschlossene Luft einen Ausgleichsdruck schafft.

Zeitungen auf Torf gedruckt

In der Versuchsabteilung des russischen Regierungsbetriebs Wolodarski wurden außerordentlich günstige Resultate mit der Herstellung von Papier aus Torf erzielt. Von einer Ausgabe der „Prawda“ wurden 1000 Stück auf diesem Papier gedruckt; es konnte keinerlei Qualitätsunterschied gegenüber dem üblichen Zeitungspapier festgestellt werden.



Konfektion

Roman von Werner Türk*)

Läßt man sich durch den geschickten gewählten Schutzzuschlag bluffen, so kann man meinen, einen der minderwertigen Unterhaltungsrömanen erstanden zu haben, die durch eine Mischung von verlogener Romantik und Erotik das Leserpublikum anlocken und jetzt in Massen auf den Markt geworfen werden. Aber man wird angenehm enttäuscht. Es ist ein wichtiger sozialer Roman, der uns da in die Hand gegeben worden ist. Er sagt schonungslos die Wahrheit.

Und er sagt sie über ein Gebiet, das bisher in der Literatur von dieser Seite her noch nicht beleuchtet worden ist. Oder hat man schon einmal gelesen von der rücksichtslosen Ausbeutung, die an den Angestellten der Kon-

*) Agis-Verlag, Berlin-Wien. Preis in Leinen gebunden 3,75, kartoniert 2,85 Mark. 264 Seiten.

fektionsbranche geübt wird; von dem Elend, das sich hinter der Eleganz schlechtbezahlter Mannequins verbirgt; von der empörenden Ausnutzung der Heimarbeiterrinnen durch die Zwischenmeister? Darüber sind die Roman-schreiber bisher hinweggegangen. Das galt nicht als literaturfähig. Aber es ist das wirkliche Gesicht der Konfektion, und es ist ein Verdienst, es gezeigt zu haben.

Dabei ist das Buch nicht etwa trocken geschrieben, nicht etwa belastet mit papierner Agitation. Wer es in der Hand hat, wird es auf einen Satz zu Ende lesen; so spannend ist es. Alles, was geschieht, gruppiert sich um den Lebensablauf eines Menschen, dem es durch Brutalität, Intrigen, Verrat an den Kollegen und Speichellecker vor den Vorgesetzten gelingt, die soziale Stufenleiter emporzuklimmen. Den Fürsten der Konfektion vom Hausvogteiplatz wird dieser Roman nicht gefallen. Ihren Angestellten aber sollte man ihn in die Hand drücken. Die Illusionen, die viele von ihnen haben, würden zerstört werden; aber sie würden, wenn sie zu lernen willens sind, die Erkenntnis ihrer Klassenlage dagegen eintauschen. Und das wäre ein Gewinn — für sie selbst wie auch für die proletarische Klasse, mit der um den Sturz des kapitalistischen Systems, von dem der Konfektionszunft nur ein Teil ist, sie zu kämpfen dann bereit wären.



Die Gräfin von Monte Christo

Ein Ufa-Film

Uraufführung: Ufa-Palast am Zoo, Berlin

Es ist Sein und Aufgabe des Films, solange er in den Händen der bürgerlichen Klasse ist und — direkt oder indirekt, zweckbewußt oder unabsichtlich — ihrem Interesse dient, Illusionen zu schaffen. Symbolhaft ausgedrückt ist das schon in der Schattenhaftigkeit der Figuren, in ihrer Flachheit und Wesenlosigkeit auf der leeren Leinwand.

Hier, in der „Gräfin von Monte Christo“, haben wir es mit einem ausgezeichnet gedrehten, dramatisch vollkommen geschlossenen, spannenden Film zu tun, der wohl in den obersten Kreisen spielt, dessen Handlungs-träger aber Leute sind, die da oben nicht hingehören: Gauner, Einbrecher, eine wild gewordene Filmkomparsin.

Der stille Beschauer lächelt vielleicht und glaubt, die da rechts sitzen, seien ebenfalls große Gauner — aber das nebenbei.

Brigitte Helm, die Filmkomparsin, als Gräfin von Monte Christo auf dem Semmering, hat endlich ihre furchtbare Maske, ihre Starre verloren, die wohl noch ein Erbeil Fritz Langs aus „Metropolis“ war. Ihr neuer Regisseur, Hartl, bietet zwar keine großen, neuen Ideen, arbeitet aber sauber. Rudolf Forster, Gustav Gründgens wie immer, also sehr gut.

Den Inhalt mag ich nicht wiedergeben. Wer Geld hat — ich glaube nur, daß es dank der Politik der Herren, die Filme produzieren, nicht allzu viele sind —, sehe sich den Film an. Und das ist die beste Empfehlung, die man so einem Streifen Zelluloid geben kann.

Gregor Holm.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

3. Fortsetzung

Bahnhof Friedrichstraße. Da hängt noch ein Kasten. Er ist schon ein Stück weiter, da klappt er erst, daß da lauter nackte Frauen abgebildet waren.

Aber nackte Frauen interessieren ihn jetzt nicht.

„Lilli, das schönste Mädchen vom Wedding.“ Dreißig Mark sind futsch.

Die Friedrichstraße ist anders. Jetzt ist sie zu Ende. Die Angst ist groß. Das Herz gluckt und gluckt. Jetzt ist die Angst nicht mehr groß.

Hunger. Hunger.

Die Füße sind ganz heiß. Die Zehen sind breiter geworden. Die Schuhe drücken. Da ist Aschinger. Schnell rübersehen nach der Reklame vom „Wintergarten“. Bei Aschinger liegen mindestens hundert belegte Brötchen im Fenster. Mit Ei. Mit Sardellen. Mit Rotwurst und Schinkenwurst und mit Braten.

Da drüben ist der Wintergarten.

Hunger. Hunger.

Und viele Menschen gehen da noch vorbei. Niemand sieht ihn. Niemand fragt ihn. Er ist ein Niemand. Alle gehen an ihm vorbei.

Durch ihn durch.

Vor ihm her.

Hinter ihm her.

Berliner Tageblatt. Zweite Morgenausgabe.

Lokalanzeiger. Lokalanzeiger. Vossische Zeitung. Zeitung...

Da kauft ein Jemand eine Zeitung. Er muß wechseln lassen. Hans sieht, wie der Jemand gelangweilt die Ueberschrift der Zeitung überfliegt, gelangweilt die Hand ausstreckt, das Geld gewechselt anzunehmen: Na, gib schon her, na, gib schon nicht her. Egal. Was tut's. Hau ihm drunter, denkt Hans, hau ihm unter die Hand. Greif zu. Verschwinde und dann...

Dreißig Mark. Die Polizei.

Keine Angst mehr. Aber es ist Schluß.

Er kann ja auf den Bahnhof Friedrichstraße gehen und sich von einem Zuge überfahren lassen. Er kann sich auch vom Auto überfahren lassen. Oder da vorn über die Brücke ins Wasser springen.

Dann werden sie nicht mehr um ihn, neben ihm, vor ihm, hinter ihm und durch ihn gehen. Dann ist er nicht mehr ein Niemand. Dann ist er der. Nicht mehr der Unbekannte. Dann ist er der Arme, der Bedauernswerte. Aber er ist Jemand! Endlich jemand geworden. Autos werden dann kommen. Vielleicht auch die Feuerwehr. Oder die Polizei. Aber die will ihm dann helfen. Und Aerzte und Schwestern. Und ein weißes Bett. Ein weißes Bett...

Hunger. Hunger.

Oben fahren die Züge.

Unten die Autos. Droschken und Privatwagen. Da schaukelt der Autobus 5 vorüber.

Die Stadt hat noch nicht geschlafen. Sie wird schon wieder wach.

Hans geht nicht mehr. Er tappt. Tapp und tapp.

Wohin?

Nach Hause.

Nach Hause.

Er tappt schon längst nach Hause. Wie weit noch?

So weit.

Jetzt hinsetzen. Hinlegen. Schlafen. Gute Nacht.

Ja, gute Nacht. Nach Hause.

Am Schloß vorbei. Wie komme ich hierher. Wo komme ich her?

Gleich kommt der Alexanderplatz.

Da ist der Alex. Rot und groß.

In der Königstraße gehen zwei Schupo. Vorbei.

Nach Hause.

Der Alexanderplatz ist ein Schutthaufen. Eine Baustelle. Ein Bauzaun. Wie kommt Hans hinter diesen Zaun?

Da liegen Bretter.

Hans setzt sich. Es ist wie in einem Haus. Draußen gehen die Menschen vorbei. Viele Menschen. Niemand sieht ihn.

Da ist das Dach vom Alex.

Hans sitzt auf einem Bretterstapel. Hinter ihm sind Bretter. Er lehnt sich an. Ein Brett fällt herunter. Es poltert. Ein Bretchen rül. Aber Hans ist erschrocken. Nur einen Augenblick, da lehnt er sich schon wieder an. Er ist so müde, hier ist niemand. Alleinsein. Draußen gehen viele Menschen. Ein Betrunkener schlägt an den Zaun und schimpft. Aber er geht weiter. Man hört ihn noch. Ein Auto tutet... Noch ein Auto... Am Himmel steht ein Stern, noch einer.

Dann kommt eine Wolke...

Rrr — rrr — rrrr — rrrr —

Der Wecker klirrt lange und böse, ehe er gepackt wird.

Jemand schimpft.

„Los doch. Zeit.“

„Ja doch, ja doch.“

Es wird hell.

Eine Stube. Zwei Betten und ein Sofa.

Die Frau im Bett dreht sich um. Das Licht blendet.

Im anderen Bett ein junges Mädchen. Achtzehn. Neunzehn. Sie schläft. Sie rührt sich nicht. Schwarzer Bubikopf. Nase, Wimpern und Haar. Sonst nichts da. Aber das atmet. Ganz leise. Auf und ab. Auf und ab.

Auf dem Sofa ein Bett gemacht, ein Kind liegt da. Die Decke ist heruntergefallen.

Der Dreher Karl Schulze zieht sich an, wäscht sich, steckt die Flasche mit Kaffee in die Wachtstuchtasche. Das Frühstück: Vier Paar Stullen. Margarine mit Limburger, zwei Paar. Ausgelassenes Schmalz mit Blutwurst, zwei Paar.

Der Dreher Karl Schulze, 55 Jahre alt, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, des Betriebsrates der AEG. Er arbeitet im Betrieb, Metallabteilung, Wilhelminenhofstraße.

Seit neunzehn Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kassierer im Bezirk, ein Muster an Zuverlässigkeit.

Jeden Morgen fünf Uhr dreißig aufstehen. Jeden Morgen fundunddreißig Minuten Zeit für Waschen, Anziehen und Frühstück.

„Mach's jut.“

Jeden Morgen. Mal laut, mal leise, mal freundlich, mal nicht.

Vier Treppen und dann die Straße.

Da schurrt und trabt und läuft schon das dunkle Heer. Nicht eher allein. Viele Hundert. Tausend.

Die Straßenbahnen sind voll. Die Untergrundbahn schluckt und speit Massen. Autobusse toben und rumpeln. Alle zwei Minuten ein Stadtbahnzug.

Müde und verdrossen. Still und voll Trotz. Die Lauten und die Stillen ziehen vorüber, dahin. Ueber den Massen liegt die Wolke vom Atem dumpfer Wohnungen, Essengerüche, Schweiß und Enge. Heer ohne Heimat. Volk ohne Raum. Heer der Arbeit.

Phrasen.

Prolet! Prolet! Arbeitsmann.

Karl Schulze ist heute noch nicht ganz im Bilde. Er schüttelt den Kopf, knurrt vor sich hin:

„Bengel“ und „Stromer“.

„Lausejunge!“

Bezirksparteitag Magdeburg - Anhalt

Am 5. Mai 1932 hielt der Bezirk Magdeburg seinen Bezirksparteitag in Magdeburg (Thalia-Gaststätten) ab. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Genosse August Siemen erschienen. In seinem Referat nahm er zur politischen Lage Stellung. Nach dem Bericht des Parteitagdelegierten, Genossen Naurath, Dessau, setzte eine lebhaft und sachliche Diskussion ein. Die von der Ortsgruppe Magdeburg vorgelegte Resolution wurde mit 14 gegen 2 Stimmen angenommen. Sie ersucht den Parteivorstand, die in Berlin angenommene Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm als Arbeitsgrundlage zu betrachten und Maßnahmen in diesem Sinne zu veranlassen. Die Erklärung Anna Siemen und Genossen lehnt der Bezirksparteitag ab. Eine weitere Resolution wendet sich gegen die Herausgabe der Zeitung „Die Generallinie“, weil die Genossen die Möglichkeit haben, ihre Auffassungen in der „SAZ“ zu vertreten. Die dritte Resolution erhebt Protest gegen die neueste Notverordnung, die zur Auflösung der proletarischen Freiheitsbewegung führte. Die Delegierten sind der Auffassung, daß der nächste Schritt zum Verbot des „Freiheitsverbandes (Slawers)“ führen wird. Zum Wahlergebnis im Wahlkreis Magdeburg sind die Genossen erfreut, daß sie prozentual besser abgeschnitten haben als in Breslau, bedauern jedoch, daß die gesamte Arbeiterklasse eine Niederlage einstecken mußte. Der Bezirk Magdeburg ist einer der schwächsten im Reich. Das soll uns nicht hindern, für unsere Parole: „Prolet, greif zu, für die proletarische Klassenfront“ weiter zu kämpfen. Die SAP wird in diesem Sinne vorwärtsschreiten, wenn sie eine klare politische Linie zeigt.

Zeitz

Die Holzarbeiter-Versammlung war besucht von nur 30 bei 1900 Mitgliedern. Wenn die Gewerkschaftsführung noch nicht ganz erblindet ist, so sollte sie schon allein hieraus erkennen, daß zumindest 90 Prozent der organisierten Kollegen mit der bisherigen Politik der Zentralinstanzen, die politisch ganz unter dem Einfluß der SPD stehen, nicht mehr einverstanden ist. Das Referat des Betriebsrätesekretärs Dietrich über: „Pathologische und physische Erscheinungen in der heutigen Arbeiterbewegung“ ging am Kern der Sache vorbei. Er behauptete, alle, die sich nicht zu der „Vernunftlinie“ der Gewerkschaften und der SPD bekennen, alle Kritiker und „Spalter“ sind Pathologen, Fatalisten, Querulanten usw., die man in Hellstädten schaffen mußte. „Gefährliche Menschen“ sind alle Arbeitslosen für die Arbeiterbewegung, die an den Straßenecken sich in unfreudlichen Diskussionen über „Bonzen“ und Gewerkschafts- und Parteiführung ergehen. Wahrscheinlich eine billige Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Die Genossen Richter und Hildebrand (SAP) gaben in der Diskussion ein Bild von den wirklichen Verhältnissen in der Arbeiterschaft. Jener zeigte die völlig verkehrte Einstellung des Referenten. Genosse Hildebrand geißelte in scharfen und treffenden Worten den Kampf der „Führung“ gegen die Kollegen, die anderer Meinung sind. Er gab Beispiele aus den Betrieben, wie alle Arbeiter, mit Ausnahme der Betriebsräte, zum „Untertarifarbeiten“ gezwungen werden. Er zeigte die Utopie vom 51-Prozent-Arbeiterparlament, die Folgen vom „Hineinwachsen“, Tolerieren und Mitarbeiten am gegenwärtigen bürgerlich-kapitalistischen Staat und seiner Gesellschaft, die wohl die Stärkung des Kapitalismus, gleichzeitig aber auch die weitere Verelendung und Entrechtung des Proletariats bringt. Im Schlußwort versuchte dann Dietrich, die vorgebrachte reale Kritik mit demagogischen Mätschen umzubiegen. Uebrigens eine Spezialität bei ihm. Der Quartalskassenbericht wurde kritiklos entgegengenommen. Die Lohnkündigungen der Klavier- und der Allgemein-Industrie kommen vor den Schlichtungsausschuß. „Um den Frieden im Betrieb aufrechtzuerhalten“, soll Verlängerung der Tarife auf ein Jahr beantragt werden. Vielleicht notverordnet Brüning in dieser Zeit die Tarife auf das Einkommen eines „Arbeitsdienstpflichtigen herab. Wenn die nationalen „Belange“ es erfordern, werden die Leipart und Genossen auch das schlucken. Holzarbeiter-Kollegen am Orte, nehmt stärkeren Anteil an den Versammlungen und unterstützt die Opposition in ihren Forderungen.

Stralsund

Kriegsopfer-Kundgebungen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltete eine öffentliche Kundgebung, zu der auch die Ortsgruppen Franzburg, Saßnitz und Bergen außer Stralsund erschienen waren. Der Bundesvorsitzende Noa, Berlin, behandelte in längeren Ausführungen das Thema: „Kampf der Kriegsopfer und ihre Rentenversorgung“. Der Redner behandelte besonders die Wirtschaftskrise, ohne aber den richtigen Schluß daraus zu ziehen. Der Bund tritt auch dafür ein, die jetzige Arbeitszeit zu verkürzen, um wieder mehr Arbeiter in den Produktionsprozeß einzufügen. Auch waren einige Vertreter des Internationalen Bundes anwesend, welche sich aber nicht sehr proletarisch benahmen. So, wie es hier durch Zwischenrufe gemacht wurde, kann man wirklich nicht für eine angeblich bessere Organisation werben. Die Anhänger der KPD verfallen immer wieder in dieselben Fehler, daß sie in sehr abstoßender Weise auftreten und dadurch bestimmt nicht für sich werben können. Die Diskussionsredner wären lieber zu Hause geblieben. Die Versammlungsleitung hatte in toleranter Weise eine Redezeit zugebilligt, trotzdem es nur eine

Generalsturm auf die Fürsorge im „Freistaat“ Sachsen

„Die Länderregierungen und die von ihnen beauftragten Behörden — Staatsaufsichtsbehörden (in Sachsen die Kreishauptleute und Staatshauptleute, d. Red.) — überwachen die Haushaltsführung der Gemeinden. Uebersteigen die Ausgaben einer Gemeinde die Einnahmen, so haben diese Staatsaufsichtsbehörden dahin zu wirken, daß der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben erreicht wird. Die Staatsaufsichtsbehörde kann die Beschlüsse an Stelle der Gemeindevorstände selbst fassen oder durch Staatskommissare lassen lassen.“
v. Hindenburg, Brünng.
(Aus der Reichsnoteverordnung; von der SPD interpretiert.)

Von dieser Basis aus erfolgt für ganz Sachsen der Generalangriff zum

Abbau der Fürsorge, die schon nach den bisherigen Richtsätzen den notwendigen Lebensbedarf nachweisbar nicht decken und einen jahrelangen Verelendungsprozeß darstellt. Die sächsischen Kreishauptleute setzten mit Wirkung ab 1. Mai die Richtsätze herab, wobei der Chemnitz Kreis Hauptmann Grille im besonderen Maße abbaut. Für die Großstädte Chemnitz, Leipzig, Plauen und Zwickau, fast alle Mittelstädte und ländlichen Bezirksfürsorgeverbände der Amtshauptmannschaften sind die gesenkten Richtsätze im Sächsischen Verordnungsblatt bekannt gemacht. Zahlen sprechen, nachstehend sind sie für den Regierungsbezirk Chemnitz wiedergegeben.

Amtsh. Pöhlitz Glauchau Mühlhausen Meerane	Amtsh. Chemnitz 1. Zone	Amtsh. Chemnitz 2. Zone	Stadt Glauchau Meerane
monatl. RM.	monatl. RM.	monatl. RM.	monatl. RM.
A. Allgemeine Fürsorge:			
1. Für eine Einzelperson mit eigenem Haushalt (unter diesen sind auch Personen zu verstehen, die als Unterhalter in einer ihnen fremden Familie wohnen)	32,—	37,—	35,—
2. Für eine Einzelperson ohne eigenen Haushalt (das sind Personen, die in Haushaltungen gesetzlich oder moralisch unterhaltspflichtiger Angehöriger wohnen)	21,35	24,—	23,85
3. Für ein Ehepaar mit oder ohne eigenen Haushalt	48,—	55,—	53,—
4. Für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	11,—	13,—	12,—
5. Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	11,—	13,—	12,—
B. Gehobene Fürsorge:			
6. Für eine Einzelperson mit eigenem Haushalt (vgl. unter A. 1)	36,80	42,—	40,25
7. Für eine Einzelperson ohne eigenen Haushalt (vgl. unter A. 2)	24,55	28,—	26,85
8. Für ein Ehepaar mit oder ohne eigenen Haushalt	55,20	63,—	61,—
9. Für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	11,—	13,—	12,—
10. Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	11,—	13,—	12,—

Diese Fürsorgedikate sind brutalste Reaktion. An den sächsischen Proletariern wird vollzogen, was Führer der kapitalistischen Wirtschaft vor Jahresfrist als Programm entwickelten: Die Lebenshaltung müsse zurückgesetzt werden auf das Niveau der Nachbarländer wie Polen, Tschechoslowakei usw. Daß das Fürsorgedikate der Kreishauptleute für das ganze sächsische Gebiet nicht ohne Einvernehmen mit der Schleckregierung erlassen wurde, steht außer allem Zweifel. Das Elend der Wohlfahrts-Erwerbslosen, der Sozial- und Kleinrentner erfährt ungeheure Verschärfung, an ihnen vollzieht sich die Tatsache, daß der Kapitalismus in seiner

Niedergangsperiode die Proleten in die Barbarei bringt. Es gilt den Kampf zu führen um die Außerkräftsetzung des Fürsorgedikats und die Notverordnung, die den hohen Regierungsbeamten einen solchen Schlag gegen die Fürsorgeempfänger überhaupt ermöglicht. In allen Körperschaften der betroffenen Städte und Bezirke, in Versammlungen der Fürsorgeempfänger usw. ist die Massenmobilisation gegen das ungeheuerliche Geschehen aufzunehmen und die Zurücknahme der Verordnung zu fordern. Insbesondere sei den SPD- und Reichsbannerarbeitern die Frage vorzulegen, ob sie weiterhin die Tolerierung der Notverordnungs politik zulassen.

Kundgebung war. Aber die Redner verstanden es nicht, die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf sich zu lenken. Der Referent hatte es daher sehr leicht, den Diskussionsrednern eine Niederlage beizubringen, wie sie es nicht erwartet hatten.

Der Baugewerksbund, Baugewerkschaft Stralsund, beschäftigte sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit dem beabsichtigten Lohnraub. Diese so wichtige Versammlung war von der Baugewerkschaftsleitung in so eigenartiger Weise einberufen worden, daß sie nur von 54 Kollegen besucht wurde. Es scheint als sei beabsichtigt gewesen, den größten Teil der Kollegenschaft von der Teilnahme fernzuhalten. Es wurde auch berechtigte Kritik an der Versammlungseinberufung geübt. Aber was man über das Verhalten einiger Gewerkschaftskollegen in bezug auf den Lohnraub hören mußte, ist, gelinde ausgedrückt, unerhört.

In dieser Situation, wo das Barometer auf Sturm steht und die größte Geschlossenheit aller Arbeiter gegen den Lohnraub sein muß, bringen es freie Gewerkschaftler fertig, bei den Kräutern Reverse zu unterschreiben, daß sie bereits sind, für einen Stundenlohn von 70 Pf. zu arbeiten. Wenn diese Regelung auch nur vorbehaltlich der künftigen Gestaltung des Tarifes ist, so haben diese „Kollegen“ den Unternehmern unter allen Umständen in die Hände gearbeitet. Kann man unter diesen Umständen noch von einer gewerkschaftlichen Disziplin sprechen? Die Wirkung hat sich auch schon bei andern Firmen in der Praxis gezeigt, bei denen der Revers nicht vorgelegt wurde. Den Kollegen wurden eben auch hier nur „vorbehaltlich“ 70 Pf. am Lohntage ausgezahlt. Am schwerst wiegt aber, daß sogar der Vorsitzende der Baugewerkschaft an diesem Streich beteiligt ist. Hier muß die gesamte Kollegenschaft den schärfsten Protest einlegen, damit derartige Machenschaften für die Zukunft verhütet werden. Die nächste Versammlung wird sich noch einmal mit dieser ganzen Frage beschäftigen müssen, um hier eine restlose Klärung herbeizuführen.

Greifswald

Sprengstoff bei Kommunisten. Der hiesigen Polizeibehörde war im März verpöffen worden, daß in der näheren Umgegend größere Mengen Sprengstoff versteckt gehalten würden. Bei einer Razzia durch die Schreiber gärten fand man in der Laube des 68jährigen KPD-Funktionärs Heinrich Zumkowski größere Mengen gefährlichen Sprengstoffes, ferner über 100 Schuß Infanterie- und Pistolenmunition. Wegen Vergehens gegen das

Sprengstoffgesetz, gegen das Gesetz über Kriegswaffen und Waffengesetz hatte sich Z. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Mitangeklagt waren der Steinschläger Albert Winkler, von dem Z. den Sprengstoff erhalten hatte, und der Arbeiter Johann Hannemann, der vor 10 Jahren Z. ein Infanteriegewehr gegeben hatte. Das Gericht schenkte den Angaben des Angeklagten Z., er habe den Sprengstoff, den er mehrere Jahre hindurch versteckt gehalten hatte, zu Stubbsprengeungen benutzen wollen, keinen Glauben; es verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr zwei Wochen. Die beiden andern Angeklagten wurden aus Gründen der Verjährung freigesprochen. — So urteilt die Klassenjustiz, wenn es sich um Kommunisten handelt, denen man bekanntlich überhaupt nichts glaubt.

Schwerin (Meckl.)

Am 5. Juni Neuwahl des Landtages. Die Regierung Eschenburg versuchte noch einige Gesetze mit Hilfe ihrer Trabanten, die Nazis, unter Dach und Fach zu bringen. Hierbei durfte naturgemäß auch die Kirche nicht fehlen, die eine Abänderung des Steuerrechtes der Kirche wünschte. Nachdem die Ausschlußberatungen beendet waren, wurde dieses Gesetz mit den Vorschlägen des Abg. Dr. v. Oertzen in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Die Sozialdemokraten enthielten sich brav der Stimme. Damit wollten sie wohl beweisen, daß sie der Kirche gegenüber Neutralität mimten, um bei der Wählerschaft nicht in ein alzu schlechtes Licht zu kommen. Auch die Nazis taten so, als ob sie wollten: Herr Hildebrand äußerte beim Gesetz über „Vereinigung öffentlicher Feuerversicherungsanstalten“ den Wunsch einer „staatlichen Zwangsversicherung“, und zu diesem Zweck beantragte er eine nochmalige Ausschlußberatung. Nachdem aber die Sozialdemokraten hierzu ihre Zustimmung gaben, zog dieser Auch-Arbeiter schleunigst seinen Antrag zurück. Netze Landesvertreter! Mit dieser Tagung ist die Legislaturperiode zu Ende! Jetzt beginnt der Kampf um das Parlament. Noch ist nicht erdichtet, wie viele Parteien sich in die 50 Sitze teilen werden, aber fest steht, daß der Kampf in aller Schärfe geführt wird. Zum erstenmal steht bei diesem Kampf auch die Sozialistische Arbeiter-Partei im Treffen, da der Bezirks-Ausschuß die grundsätzliche Beteiligung an den Landtagswahlen beschlossen hat. Genossen und Genossinnen, es gilt schon jetzt darauf hinzuweisen. Ueberall in den Arbeits- und Stempelstellen muß die Agitation entfacht werden. Werbt für die Liste der SAP! Werbt

für die SAZ und das Kampfsignal! Nur durch intensive Arbeit wird es uns möglich sein, den Kampf erfolgreich zu bestehen. Darüber hinaus muß dieser Wahlkampf dazu ansetzen sein, unsere Organisation in Mecklenburg zu festigen und neue Ortsgruppen ins Leben zu rufen.

Frankfurt a. M.

Der DMV. beseitigt die Urwahl. In der letzten Vertreterversammlung des DMV. erstattete der Kollege Schäfer den Geschäftsbericht. Er schilderte zunächst die trostlose wirtschaftliche Situation. Seinen Zuhörern erzählte er, es ginge so langsam wieder aufwärts. Die kleinen Geschäftsleute verdienten wieder. Die Staatskassen füllten sich infolgedessen wieder usw. Wie aus dem Geschäftsbericht hervorging, hat der Metallarbeiterverband im letzten Jahr von 18.000 Mitgliedern etwa 3.000 verloren. Zum erstenmal wurden die Delegierten zum Parteitag nicht durch Urwahl, sondern durch die Vertreter gewählt. Der Zweck der Urwahl liegt auf Hand. Die Verbandsbürokratie glaubt die Vertreterversammlung sicherer in der Hand als die Massen der Mitgliedschaft. Der Streich richtet sich gegen die SAP. Unsere Genossen Omer und Knib wandten sich gegen die Rechtsform der Mitgliedschaft. Unterstützt wurden sie von dem SPD-Genossen Knittel, der sich mit Nachdruck gegen den neuen Wahlmodus wandte. Als Delegierte zum Verbandstag wurden gewählt: Mulansky, Koffenberger, Eitz, Bien, Kriegshauer.

Wie die Kommunisten berichten. Da die Kommunisten nicht Strohhalme gegen die SAP vorzubringen haben, müssen sie ihre Laster beschwören. Das zeigt ein Bericht in der kommunistischen Arbeiterzeitung vom 6. Mai über die letzte Mitgliederversammlung des DMV. Bezirk Bornheim. Da heißt es beispielsweise, Kollege Handwerk habe Wieder Aufnahme eines ausgeschlossenen Kollegen beantragt. Ein Verbandsangestellter habe beantragt, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Der SAP-Vorsitzende habe dem ohne weiteres stattgegeben. Der Berichterstat der Arbeiterzeitung ist schlecht informiert. Der Vorsitzende Dambach gehört nicht zur SAP, sondern ist indifferent. So wird's gemacht! Zuert macht man einen Funktionär, der keiner Partei angehört, zum SAP-Mann, und dann wettert man über die verräterische Rolle der SAP.

Beleidigungsklage Nazi-Sprenger gegen Kirchner. In einer Sitzung des Kommunallandtages wurde dem Nazi-Sprenger „Schurke“ zugerufen. Der Zwischenruf soll nach den Behauptungen einiger Nazizeugen und der Stenographin von dem Sozialdemokraten Kirchner gemacht worden sein. In der ersten Instanz wurde Kirchner zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Kirchner legte Berufung ein. In der Berufungsverhandlung, die dieser Tage vor der Strafkammer stattfand, erklärte die Stenographin, es seien ihr starke Zweifel gekommen, ob Kirchner diesen Zwischenruf gemacht habe. Ein Sachverständiger erklärte, daß Täuschungen in solchen Fällen sehr leicht möglich seien. Landrat Apel, der seinen Platz unmittelbar neben Kirchner hat, hat den Zwischenruf nicht vernommen. Dagegen wollen die Nazizeugen gesehen und gehört haben, daß Kirchner den Sprenger einen „Schurken“ nannte. Das Gericht verlor sich, um noch einen nationalsozialistischen Belastungszeugen zu hören.

Der neue Bürgermeister: Dr. Schlosser. Der Magistratswahlausschuß beschloß, der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen, an Stelle des pensionierten zweiten Bürgermeisters Eduard Graf den Sozialdemokraten Dr. Schlosser vorzuschlagen.

Erlangen

Arbeitsdienstpflicht an der Universität. Den Studenten der Universität Erlangen wurde der bisher benützte Sportplatz von der Stadt gekündigt. Nun faßte der Studentenausschuß (Asta) den Beschluß, daß die Studenten sich einen Sportplatz selbst bauen sollten. Daran wäre nicht das geringste auszusetzen. Zugleich aber faßte der Asta den Beschluß, daß alle Studenten des ersten bis fünften Semesters verpflichtet seien, wenigstens 20 Stunden am Ausbau des Sportplatzes mitzuarbeiten. Studentinnen und „körperlich untaugliche“ werden zu den dazugehörigen Schreibarbeiten herangezogen. „Wer sich der Arbeitsdienstpflicht grundlos entzieht“, so heißt es in diesem Aufruf weiter, „wird wegen des dadurch bekundeten Mangels an Gemeinschaftssinn“ mit einer Strafe von 10 Mark belegt. Die zuständigen Universitäts- und staatlichen Behörden haben diesem Beschluß ihre Genehmigung und damit amtliche Gültigkeit erteilt. Durch die amtliche Genehmigung dieses Beschlusses eines zu zwei Dritteln nationalsozialistischen Parlamentchens wird zum erstenmal in größerem Rahmen die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. Als erste Probe, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht verdient dieser Vorgang die höchste Beachtung der gesamten Arbeiterschaft.

Organisationsnachrichten

SAP Duisburg: Dienstag, 10. Mai, 20 Uhr, bei Menke, Klosterstraße. Ortsvereinsversammlung. Bericht vom Parteitag. Ueberblick über die Wahrheit, Kassenbericht.

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand
herausgegebenen Broschüren!

Sozialismus ist die Rettung! Einheitsfront der Weg!

Die Beschlüsse der Berliner Internationalen Konferenz der sozialistischen Arbeiterparteien vom 5. und 6. Mai 1932

Zur imperialistischen Kriegsgefahr

Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen, daß die bisherige internationale Organisation des Proletariats unfähig war, den Ausbruch eines imperialistischen Krieges zu verhindern.

Die Führung der 2. Internationale und damit die Führung der Internationalen Gewerkschaftsbewegung setzen gegenwärtig die verhängnisvolle Politik fort, die 1914 zum Zusammenbruch der Internationale geführt hat. Die 3. Internationale ist aktionsunfähig, ihre Politik trägt heute dazu bei, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertiefen und die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegen den drohenden Krieg zu schwächen.

Je schärfer sich die kapitalistische Krise zuspitzt, um so stärker wird aber die Gefahr des Krieges als eines letzten aussichtreichen Weges, der sich dem Kapitalismus aus der Krise zu bieten scheint. Wenn vor dem Jahre 1914 Krisen die kapitalistische Welt heimgahten, wurde ihre Überwindung dadurch erleichtert, daß in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten neue Märkte und Anlagegebiete eröffnet wurden. Eine solche Kapital-expansion ist unter den heutigen Verhältnissen weitgehend erschwert. Der in den früheren Kolonialländern neu entstehende nationale Kapitalismus verschärft die Widersprüche des Weltkapitalismus, dieselbe Wirkung hat das Hochschutzzollsystem, zu dem ein kapitalistisches Land nach dem andern übergeht. Rußland, früher ein halbkoloniales Gebiet, ist unter der Diktatur des Proletariats der Herrschaft des Weltkapitalismus entzogen.

Die Abrüstungsvorschläge der bürgerlichen Regierungen sind nur zur Irreführung der nach Frieden verlangenden Massen bestimmt. Für diese scheinpazifistische Politik, wie es die Reformisten tun, Propaganda zu machen, heißt, die Arbeiter in unheilvolle Illusionen wiegen.

Die Proletarier aller Länder haben die Aufgabe, ihre ganze Propagandakraft gegen den Nationalismus und die Vorbereitung des imperialistischen Krieges einzusetzen, indem sie für den Sturz des kapitalistischen Systems der herrschenden Klasse kämpfen. Die herrschende Klasse soll wissen, daß die Arbeiterschaft den

Krieg,

falls er doch kommt, als

Mit dem Sturz des kapitalistischen Systems

ausnutzen wird.

Jeden Angriff gegen Sowjetrußland betrachtet die Arbeiterklasse als Angriff auf sie selbst. Der Schutz Sowjetrußlands ist eine Aufgabe des ganzen Weltproletariats.

Die durch die Auswirkungen der Krise gesteigerten Kriegsgefahren werden nicht zuletzt in Europa durch politische Ursachen aktuell zugespitzt. Überall muß die Arbeiterklasse den schärfsten Kampf gegen die nationalistische Versuchung aufnehmen,

überall steht der Hauptfeind im eigenen Land.

Die Arbeiter haben die Pflicht, die Kriegsproduktion zu bekämpfen, für den Krieg bestimmte Waffentransporte zu verweigern und im Kriegsfall diesen Kampf zum Generalstreik zu steigern. Nicht nur in schönen Resolutionen, wie sie vom IGB und von der SAI abgegeben werden, sondern in der Tat, schon heute,

durch ein entschlossenes Eintreten in den Gewerkschaften für die Durchführung der hierzu international gefaßten Beschlüsse!

Der Kapitalismus ist der Krieg — der Sozialismus ist der Friede.

Der Kampf für den Frieden ist daher der Kampf für den Sozialismus.

Jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien, jede Tolerierung der Regierungen ist eine Stützung des herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, sie stärkt den Faschismus, der heute der stärkste Faktor des kriegerischen Nationalismus ist.

Die Voraussetzung wirksamer Kriegsabwehr ist daher eine sozialistisch-revolutionäre Politik mit dem Ziele der

Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit der Arbeiterklasse.

Hier wie überall gilt das Wort: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Der proletarische Ausweg aus der Krise

1. Die gegenwärtige Weltkrise übertrifft an Umfang, Tiefe und Dauer alle Krisen der Vorkriegszeit. Sie ist nicht mehr ein Mittel der Erneuerung und Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern der Ausdruck für die Tatsache, daß der Kapitalismus in seine Niedergangsperiode eingetreten ist. Alle Versuche der Kapitalistenklassen der einzelnen Länder, sich den verheerenden Wirkungen der Krise zu entziehen — Lohndruck, Zollpolitik, Goldentwertung, Dumping usw. — fördern nur die Zerstörung des kapitalistischen Systems, sie bewirken nicht die Überwindung, sondern die Verschärfung der Krise. Die Existenz der Sowjetunion, in der die Arbeiterklasse die Macht erobert hat und am Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft arbeitet, und die revolutionären Erhebungen der Kolonialvölker bereiten der kapitalistischen Entwicklung schwere Hindernisse.

Solange der Kapitalismus noch besteht, wird er durch neue häufigere und schärfere Krisen erschüttert werden.

2. In allen kapitalistischen Ländern wälzen die herrschenden Klassen die Hauptlast auf die arbeitenden Massen. Die Zahl der Vollarbeitslosen ist auf mindestens 25 Millionen gewachsen. Viele Millionen sind zur Kurzarbeit verdammt.

Überall sinkt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Die Löhne werden in solchem Maße herabgedrückt, daß die nackte Existenz der Arbeiter gefährdet wird. Die sozialen Errungenschaften des Proletariats werden immer radikaler abgebaut. Die

Kapitalistenklassen erbringen den Beweis durch die Tat, daß sie immer weniger gewillt und befähigt sind, das Leben der Massen zu erhalten, auf deren Ausbeutung die kapitalistische Wirtschaft beruht.

Die kleinbürgerlichen Schichten der Gesellschaft werden fortschreitend enteignet und proletarisiert. Die die Agrarkrise werden in Europa, Amerika und den Kolonien die Grundlagen der bäuerlichen Existenz vernichtet.

3. Das wachsende Elend breiter Massen, die Notwendigkeit verstärkter Druckes auf die Arbeiterklasse und die Mittelschichten der Gesellschaft entzieht der Kapitalistenklasse in allen kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, ihre Herrschaft mit demokratischen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Sie vernichtet überall fortschreitend die demokratischen und parlamentarischen Rechte, greift immer entschlossener zur Diktatur.

Indem sie die Rebellion verzweifelter kleinbürgerlicher Massen und unbewußter, von der Politik der Arbeiterparteien enttäuschten Massen ausnutzt, schafft sie sich eine Massenbasis für diese Diktatur, die damit das Wesen des Faschismus annimmt,

die Entmachtung der Arbeiterklasse durch Zerstörung aller Arbeiterorganisationen zum Ziele hat

und den ständigen latenten Bürgerkrieg gegen das Proletariat bedeutet.

4. Wenn es auch notwendig ist, die Mittel des Parlamentarismus zur Mobilisierung der Arbeiterklasse auszunutzen, so

erbringt die oben geschilderte Situation doch den handgreiflichen Beweis, daß das

Proletariat die politische Macht nicht mit parlamentarischen Mitteln erobern kann.

Daß Koalitionspolitik oder Arbeitgemeinschaft mit den Kapitalisten nur Mittel sind, das Elend der Arbeiterklasse zu vertiefen, die Macht des Kapitals zu festigen und das Proletariat zu verwirren, zu schwächen und zu lähmen. Der

Niedergang des Kapitalismus macht den Sozialismus zur aktuellen Aufgabe der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern. Ihre Voraussetzung ist der Sturz der Bourgeoisie, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat mit revolutionären Mitteln.

5. Die Eroberung der politischen Macht setzt voraus den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter

gegen die Angriffe des Kapitals, die

Verteidigung der Lebenshaltung und die Sicherstellung und Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter.

Dies ist der Boden, auf dem sich alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen vereinigen können.

Die auf der Konferenz vertretenen Par-

teien und Gruppen sehen es deshalb als ihre nächste, wichtigste Aufgabe an, die Einheitsfront des Proletariats im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verteidigung und Erhöhung der Löhne und der sozialen Leistungen und die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Faschismus herzustellen und den Entschlußungskampf um den Sozialismus vorzubereiten.

Sie erarbeiten die

Aktivierung der proletarischen Massenorganisationen,

besonders der Gewerkschaften, für eine revolutionäre Politik und die

Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit national und international.

Sie sehen in der

Schaffung der Einheitsfront und der entschlossenen Durchführung der Tageskämpfe das entscheidende Mittel

zur Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse und zur Ueberleitung auf den revolutionären Machtkampf.

Zum Präsidentschaftswechsel in Frankreich wer wird Doumers Nachfolger?

Die Präsidentschaft der französischen Republik ist durch den gewaltsamen Tod des Präsidenten Paul Doumer plötzlich erledigt worden. Die Vorschrift der (abgeänderten) Verfassung von 1875, wonach die vakante gewordene Position „alsbald“ durch eine neue Wahl der zu diesem Zweck zu konstituierenden „Nationalversammlung“ (gebildet aus Senat und Deputiertenkammer) zu erfolgen habe, kann in diesem Fall nicht ohne weiteres erfüllt werden, weil eine ordnungsgemäß gewählte Kammer noch nicht vorhanden ist. Erst wenn das Resultat der Stichwahlen vom Sonntag, 8. Mai, endgültig festliegt, kann die neue Kammer zusammenberufen werden. Möglicherweise kann das bis zum Mittwoch oder gar Donnerstag nächster Woche dauern. In früheren Fällen von überraschend notwendig gewordenen Präsidentschafts-Ersatzwahlen ist regelmäßig nie mehr Zeit zwischen dem Eintreten der Vakanz und der Neuwahl verstrichen als im Höchstfall 48 Stunden. Diese Frist ist gegenwärtig nicht einzuhalten. Man wird sich voraussichtlich mit einer Stellvertretung des verstorbenen Präsidenten durch den Präsidenten des Senats behelfen, die in der Verfassung für den Fall vorübergehender Behinderung des lebenden Staatspräsidenten zwar vorgesehen, aber noch niemals in Anwendung gekommen ist. Senatspräsident ist Albert Lebrun, ein intimer Freund des alten Präsidenten Poincaré, selbst Lothringer wie dieser und auch in einem der östlichen Departements gewählt. Lebrun galt im Vorjahr als der aussichtsreichste Kandidat der Rechten und der Mitte für die Nachfolge des ausscheidenden Staatspräsidenten Doumergue. Seine Kandidatur wurde aber, noch ehe sie offiziell aufgestellt war, vernichtet, weil die Sozialisten ihn für irgendwelche Unregelmäßigkeiten in der von Poincaré zum Währungsausgleich geschaffenen „Amortisationskasse“ verantwortlich machen konnten. Jetzt wird er trotz dieses Vorgangs ohne Zweifel als ein aussichtsreicher Bewerber um die durch Doumers Tod erledigte Präsidentschaft wiederkehren. Ihn wird das große Prestige Poincarés stützen, der vor einem Jahre durch seine schwere Erkrankung gehindert war, für den Freund einzutreten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Linke darauf verzichten, dem Kandidaten Lebrun in dieser Situation einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Wenn dies aus irgendwelchen Gründen — möglicherweise ein überwältigender radikal-sozialistischer Stichwahlsieg! — nicht Geltung haben sollte, so würde ihr Präsidentschaftskandidat der frühere Ministerpräsident und Kriegsminister Paul Prudent Painlevé sein, den sie schon einmal, 1924 nach Millerands Sturz, allerdings erfolglos, als Präsidentschaftsbewerber präsentiert hat. Painlevé ist ein engerer Parteifreund des verstorbenen Briand. Ihm müssen gewisse Aussichten zugebilligt werden, weil es auch der Rechten schwer würde, gegen ihn so rücksichtslos aufzutreten, wie sie es gegen Briand etwa getan hat. Painlevé hat sich nämlich nicht nur während des Krieges im Rif als allzeit zuverlässiger der Nachkriegszeit, besonders während des Krieges im Rif als allzeit zuverlässiger Sekundant der Kriegsinteressenten, der Generale sowohl wie der Munitionsfabrikanten, erwiesen. Er mußte infolge der dadurch entstandenen Mißstimmung sogar sein Amt als

Präsident der Französischen linksbürgerlichen Liga zur Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte niederlegen.

Die französische Präsidentschaftswahl erfolgt nicht, wie in Deutschland, durch das Volk, sondern durch die zur „Nationalversammlung“ vereinigten beiden Parlamente, den Senat und die Deputiertenkammer (auch „Kongreß“ genannt), der traditionsgemäß in Versailles zusammentritt. Die über 900 Senatoren und Deputierten wählen in geheimer Wahl den Präsidenten. Dabei sind erfahrungsgemäß Ueberraschungen niemals ausgeschlossen. Ebenso pflegen die Senatoren den Ausschlag für den Kandidaten der bürgerlichen Reaktion zu geben. Der Senat selbst wird auf indirektem Wege gewählt und ist daher in seiner Gesamtheit stets äußerst konservativ. Die Präsidentschaftswahl erfolgt in mehreren Wahlgängen. Absolute Mehrheit ist erforderlich. Dieses System begünstigt das Auftreten von Kompromiß-Kandidaten. —ob.

Prämien-Anleihe kommt

Berlin, 7. Mai 1932.

Der Reichsrat hat in einer am Sonnabend nachmittag überraschend einberufenen Vollsitzung das neue Kreditermächtigungsgesetz in erster und zweiter Lesung endgültig angenommen. Durch dieses Gesetz wird das Reich ermächtigt, eine Anleihe aufzulegen, deren Höchstbetrag nicht genannt wird, und die den Zweck haben soll, Mittel für Siedlungen und Meliorationen, für die Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten bereitzustellen. Die Reichsregierung soll die Höhe des durch Ausschreibung von Schuldverschreibungen jeweils zu beschaffenden Betrages festlegen. Die Länder Württemberg, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz werden später noch Erklärungen ihrer Regierungen zu diesem Gesetz zu Protokoll geben.

Wie aus Erklärungen des Ministerialdirektors Brecht hervorgeht, betrifft diese Kreditermächtigung die seit einiger Zeit geplante Prämien-Anleihe, also eine Schuldverschreibung, die mit allerhand Reizmitteln für die Zeichner versehen wird. Offenbar verspricht sich die Reichsregierung selber davon nur einen geringen Erfolg. Darauf deuten nicht zuletzt die sehr vorsichtigen Formulierungen hinsichtlich der Verwendungszwecke dieser Anleihe. In der Tat ist das Ganze nur eine Verlegenheitsaktion. Am Montag tritt bekanntlich der Reichstag wieder zusammen und da möchte die Regierung wenigstens gegen die zu erwartenden Vorwürfe gerüstet sein, daß sie bisher noch keinen Finger gerührt habe. Die beschlossene Anleihe ist aber nur der Schein einer Tat, und kann nicht verbergen, daß die Regierung praktisch nichts Ernstes zur Arbeitsbeschaffung unternimmt.

Amerika verschickt Gold. Der deutsche Dampfer „Bremen“ hat eine große für Europa bestimmte Goldsendung im Werte von 14 310 000 Dollars geladen. Hiervon sind bestimmt für Frankreich 5 800 000, für die Schweiz 4 000 000, für Holland 3 750 000, Belgien 700 000, Deutschland 460 000 und

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Während das Kabinett Brüning im allgemeinen sehr schnell zu Entscheidungen kommt, wenn im Gebrauche privater Unternehmungen Risse auftreten, und während es Notverordnungen zur Unterdrückung der politischen und weltanschaulichen Meinungsäußerung förmlich aus der Pistole schießt, kennt es eine derartige Eile in der Behandlung des vordringlichsten Problems, der Arbeitslosigkeit, nicht. Offenbar vertraut man hier auf den lieben Gott und gibt sich der Erwartung hin, daß er sich schon der Arbeitslosen erheben werde. Indessen entwickeln sich hier die Dinge mehr und mehr von Schlimmen zum Schlimmsten, und von hier wieder zum Aller schlimmsten. Obwohl wir schon tief im Frühjahr stehen, das bisher noch in allen vorangegangenen Jahren eine starke Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gebracht hat, ist bisher die Arbeitslosigkeit nur wenig unter die Sechsmillenziffer gesunken. Der ganze Rückgang seit dem Mitte März erreichte Höhepunkt bis Mitte April betrug noch keine 200 000, während in derselben Zeit im vergangenen, bereits ebenfalls einen stark verlangsamten Rückgang aufweisenden Jahr immerhin doch noch 352 000 Personen wieder Beschäftigung finden konnten.

Den aufmerksameren Beobachter kann diese Entwicklung kaum überraschen. Wiewohl nämlich die Arbeitslosigkeit in dem vergangenen Winter nicht mit derselben Wucht stieg wie in den beiden vorangegangenen — der Ausgangspunkt lag allerdings auch wesentlich höher — zeigte sich doch im Vergleich zu früher ein sehr wesentlicher Unterschied: der hauptsächlichste Zustrom erfolgte nicht mehr wie bisher fast ausschließlich von den Saisongewerben her, sondern auch die sogenannten Konjunkturindustrien waren in stärkstem Maße daran beteiligt. Sehr deutlich spricht diese Verschiedenheit in der Entwicklung aus der folgenden Aufstellung des Konjunkturforschungsinstituts, worin die Aufgliederung der im Winter neu arbeitslos gewordenen Personen nach ihrer Herkunft von Saison- oder der Konjunkturindustrie vorgenommen ist:

Es stieg die Arbeitslosigkeit zwischen Oktober und Januar:

Winter	konjunkturrell	saisonmäßig	im ganzen
1929/30	396 000	1 496 000	1 894 000
1930/31	481 000	1 402 000	1 883 000
1931/32	538 000	1 150 000	1 688 000

Während somit im Winter 1929/30 die Konjunkturindustrien nur mit wenig mehr als einem Fünftel zur Arbeitslosigkeit beitragen, entfiel auf diese im vergangenen Winter beinahe ein Drittel der eingetretenen Steigerung. Das heißt aber auch, daß es sich bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter noch weit weniger als sonst um saisonmäßige Schwankungen, sondern um objektive Konjunkturverschlechterungen handelte, und ließ demgemäß weiter, daß auch im Frühjahr die saisonmäßige Entlastung selbst im günstigsten Falle erheblich hinter den früheren Jahren zurückbleiben werde.

Die verantwortlichen Stellen haben somit keine Ausrede, daß sie von der Entwicklung überrascht seien. Ein Blick in die Vierteljahrshefte des Instituts für Konjunkturforschung belehrt, daß man mit Gottvertrauen allein aus den Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes nicht herauskommen werde und daß man rechtzeitig Maßnahmen ergreifen mußte, wollte man die arbeitende Bevölkerung nicht fahrlässig dem Ruin ausliefern.

Die Verantwortung für die katastrophale Zuspitzung auf dem Arbeitsmarkt fällt somit in ihrem ganzen Umfange auf die Regierenden und hier wieder insbesondere auf die Häupter des Kabinetts Brüning. Obwohl es nicht an alarmierenden Warnungssignalen fehlte, haben sie die beste Zeit zum Handeln versäumt. Es sind aber nicht nur Versäumnisse, aus denen sich deren Schuld häuft. Zu diesen gesellen sich auch Handlungen, die ganz offenkundig im Sinne einer Verschlimmerung der Arbeitsmarktentwicklung gewirkt haben. Denn natürlich ist der starke Rückgang in den Konjunkturindustrien nicht aus dem Nichts entstanden. Es bleibt auch nicht einmal die Ausrede, daß hier der allgemeine Konjunkturrückgang auf dem Weltmarkt seine Hand im Spiele gehabt habe. Denn so wenig dies zu leugnen ist, so offenkundig ist doch andererseits auch, daß die Minderbeschäftigung in den Konjunkturindustrien nicht auf einen Rückgang des deutschen Exports, sondern ausschließlich auf eine Absatzschrumpfung auf dem deutschen Binnenmarkt zurückzuführen ist. An dieser Absatzschrumpfung ist aber die Regierung Brüning am allerwenigsten unbeteiligt. Bekanntlich bildete es nicht den nebensächlichsten Inhalt ihrer ganzen Politik, durch Schlichtungs- und Notverordnungsedikte das Verlangen der Unternehmer nach einem weitestgehenden Abbau der Löhne und Gehälter zu erfüllen, da angeblich nur dies das Mittel zur Wiederankurbelung der Wirtschaft sei.

So ist der jetzige Stand auf dem Arbeitsmarkt, sind die sechs bis sieben Millionen Menschen, die sich auch mitten im Frühjahr in ihrem heißen Verlangen nach Arbeit betrogen

sehen, eine doppelte Anklage gegen das System Brüning, eine Anklage gegen das, was es mit sträflicher Unbekümmertheit verdrängt, und eine Anklage gegen das, was es, um dem Unternemertum gefällig zu sein, getan hat.

Bisher scheint es aber nicht, daß sich die Regierenden um diese Anklage Sorgen machen. Vielmehr sind sie entschlossen, zumindest auf dem Gebiete der Lohnpolitik auf dem begangenen Wege weiterzugehen. Bereits sind in einigen Industrien neue empfindliche Lohnsenkungen vorgenommen worden, die einen weiteren großen Ruckzug auf die ohnehin dürftigen Löhnlöhnen signalisieren, während gleichzeitig auch Vorarbeiten zur Sprengung der letzten noch vorhandenen Reste des Sozialversicherungssystems im vollen Gang sind. Dagegen ist in Aussicht gestellt worden, daß endlich etwas zur Arbeitsbeschaffung geschehen soll. Sehr viel Eile scheint man indessen hierbei auch jetzt noch nicht entwickeln zu wollen, denn obwohl die Pläne in groben Umrissen schon vor einiger Zeit der Presse übermittelt worden sind, hat man seitdem nichts weiter vernommen, sodaß die Vermutung nahe liegt, daß es der Regierung mehr auf eine Beruhigung der Gemüter als auf wirkliche Arbeitsbeschaffung ankomme.

Für eine solche Vermutung spricht übrigens auch der Inhalt der Pläne, soweit dieser bisher bekannt geworden ist. Dennoch bildet das Kernstück des Planes die Auflegung einer Prämienanleihe, mit deren Hilfe die Arbeitsbeschaffung finanziert werden soll. Bleibt es aber hierbei, dann hängt der ganze Arbeitsbeschaffungsplan von vornherein in der Luft, da die Chancen für eine derartige Anleihe denkbar gering sind. Doch auch wenn in diesem Falle wirklich die Optimisten und nicht die Pessimisten Recht behielten, was wäre damit gewonnen und wie könnte damit Arbeit beschafft werden? An Gelegenheit hierzu würde es natürlich nicht fehlen. Allein in den letzten Jahren sind so viele dringende Arbeiten unterlassen und verschoben worden, daß zu ihrer Nachholung ungezählte Hände in Bewegung gesetzt werden könnten. Aber das sind offenbar nicht die Arbeiten, die in Frage kämen. Diese Arbeiten würden nie und nimmer Gewinn abwerfen oder auch nur eine mäßige Verzinsung der hierfür aufzuwendenden Gelder in Aussicht stellen, es sei denn, daß die öffentliche Hand damit behütet wird, wozu aber schon angesichts der chronischen Finanzbedrängnisse sicher keine Neigung besteht.

Geht man aber andererseits von dem Standpunkt aus, daß die zur Arbeitsbeschaffung bereitzustellenden Mittel sich selber verzinsen müssen, so entsteht sofort die andere Frage, wo derartige Möglichkeiten heute bestehen. Schon eine flüchtige Untersuchung muß dann zur Erkenntnis führen,

daß diese äußerst rar sind. Es ist nämlich ein Irrtum anzunehmen, daß die Arbeit nur darum stocke, weil es an Kapitalien fehle. Das zeigt schon ein Blick auf diejenigen Länder, die — wie etwa die Vereinigten Staaten — Kapitalien in strotzender Fülle aufweisen und die trotz großzügigster Krediterleichterungen nicht zur Inangriffnahme von Arbeiten anzuzusetzen vermögen, um der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu rücken. Das Problem, das es zu bewältigen gilt, besteht nämlich gar nicht in der Beschaffung von Kapitalien, sondern vorwiegend, wenn nicht einzig und allein in der Beschaffung von Möglichkeiten, Kapitalien rentabel zu verwerten. Wer das Problem anders stellt, geht entweder wie ein Blinder an den Tatsachen vorbei oder aber er führt die Öffentlichkeit bewußt irre.

Zu dem letzteren besteht nun allerdings sehr viel Grund. Einmal gelingt es nur bei solcher falscher Problemstellung, die eigene Schuld von den in Deutschland Regierenden auf das Ausland abzuwälzen und die schreiende Not der Massen in einen lärmenden und von den Regierenden immer gern gesehene Nationalismus umschlagen zu lassen; und zum andern würde eine klare Kenntnis von den Zusammenhängen die Massen sehr leicht auf den einzigen Weg führen, der aus der Misere der Arbeitslosigkeit hinausweist. Denn ist die Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen, daß die alten bestehenden Anlagen nur darum stillliegen, weil sie keinen Profit abwerfen, und werden die gebildeten Neukapitalien nur darum nicht wirtschaftlich verwendet, weil ihnen kein Profit winkt, dann werden die Massen nicht einsehen, warum sie sich noch länger mit einer solchen Ordnung abfinden sollen, die sie im Namen des Profits zu dauernder Arbeitslosigkeit und dauernder Entbehrung verurteilt, und dann werden sie den weiteren Schluß ziehen, daß es gilt, den Kampf für eine neue Ordnung aufzunehmen, in der nicht mehr der Profit, sondern der Mensch heilig ist. Und dann werden sie als erste Maßnahme fordern, daß man nicht Prämienanleihen mit Steuer- und sonstigen Vergünstigungen auflegt, die den Massen nur neue Bürden bringen, sondern daß der Besitz mit einer Abgabe belegt und daß die Teile des Produktionsapparates, die heute stillstehen, entschädigungslos in den Besitz der Allgemeinheit übergehen und unter Kontrolle und Leitung der Arbeiter und ihrer Organisationen wieder in Betrieb gesetzt werden.

Dies ist der einzige Weg, der zur Arbeitsbeschaffung führt. Die Arbeiterklasse ist gezwungen, ihn zu gehen, wenn sie nicht verkommen will.

13 statt 10 Prozent Abbau für die Bauarbeiter Eine Provokation der ganzen Arbeiterklasse

Vor einem Sonderschlichter des Reichsarbeitsministeriums ist Freitagabend ein Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe gefällt worden, nach dem die Löhne der Facharbeiter von 1,25 Mark auf 1,08 Mark, also um insgesamt 13,6 Prozent gesenkt werden. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter werden von 1,02 Mark auf 90 Pfennig und die der Tiefbauarbeiter von 78 auf 72 Pfennig, also um 8 Prozent abgebaut. Dieser Schiedsspruch soll bis zum 2. März 1933 gelten. Der Lohnstarif soll aber bereits zum 31. Oktober d. J. kündbar sein, falls der allgemeine Lohnstand innerhalb des Tarifgebiets sich wesentlich verändern würde.

Der Schiedsspruch ist von dem Baugewerksbund und den anderen Bauarbeiterorganisationen sofort abgelehnt worden. Die Arbeitgeber im Baugewerbe haben ihm zugestimmt und beabsichtigen, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen, so daß noch einmal Verhandlungen vor dem RAM stattfinden müssen.

Dieser Schiedsspruch ist eine einzige Provokation nicht nur der Bauarbeiter, sondern der ganzen Arbeiterklasse. Er zeigt Herrn Stegerwald in seiner ganzen arbeiterfeindlichen, reaktionären Gestalt. Man muß sich vor Augen halten, daß der erste, vor etwa vier Wochen von Gewerberat Körner gefällte Schiedsspruch für die Berliner Bauarbeiter „nur“ 10 Prozent Lohnabbau vorsah und damals eine große Empörung bei allen Arbeitern auslöste. Jetzt zeigt es sich, daß dieser Lohnraub Herr Stegerwald noch nicht weit genug ging, denn der von ihm bestellte und sicher nach seinen Anweisungen handelnde Sonderschlichter hat nun einen noch schlech-

teren Schiedsspruch mit 13 Prozent Abbau gefällt.

Und da fragt der „Vorwärts“ immer noch naiv — d. h. sich absichtlich dumm stellend — „Wohin steuert die Reichsregierung?“

Kann es da überhaupt einen Zweifel geben? Alles Gejammer der Reformisten über „die dadurch immer mehr sinkende Massenkaufkraft“ ändert nichts an der Tatsache, daß die Brüning-Regierung auf alle Interessen der Arbeiter so lange pfeift, als die Gewerkschaften nur betteln und tolerieren, aber nicht kämpfen. Das weiß der „Vorwärts“ sehr genau. Er liefert dafür selbst den Beweis, indem er neben dem Bauarbeiterschiedsspruch über

weitere skandalöse Abbauschiedsprüche in der badischen Textilindustrie und der Flachenindustrie

berichtet. In der letzteren sind die Löhne um 10 Prozent gesenkt worden. In Baden wurde der Spitzenlohn eines Textilarbeiters von 54 Pfennig noch weiter abgebaut. „Angleichen“ nennt das der von der SPD tolerierte Stegerwald. Das alles zwingt sogar den „Vorwärts“ zu der Feststellung, daß diese „Angleichung“

„in Wirklichkeit nichts anderes als ein allgemeiner und noch brutalerer Lohnabbau als der, der durch die Notverordnung vom 8. Dezember dekretiert worden ist.“

Sehr richtig. Es ist fast wörtlich dasselbe, was wir schon vor 14 Tagen in der „SAZ“ schrieben. Aber diese Feststellung allein ist wertlos, wenn nicht von den reformistischen Führern die Konsequenzen gezogen werden.

Darum geht es. Aber hier versagen die Gewerkschaftsführungen wieder vollkommen.

In diesen Tagen haben Teile der Bauarbeiter in verschiedenen Städten den Kampf aufgenommen. Bis jetzt werden diese Streiks vom „Vorwärts“ verschwiegen und von der Gewerkschaftsbürokratie für „wild“ erklärt. Das ist Verrat der Arbeiter und heißt Stegerwald sein Geschäft erleichtern.

Dagegen müssen alle Bauarbeiter nicht nur aufs schärfste protestieren, sondern sie müssen den allgemeinen Abwehrestreik erzwingen und in der Praxis durchsetzen. Es gilt, sich sofort mit den schon im Kampf stehenden zu solidarisieren und den Streik in politischen Massenkampf überzuleiten.

DMV-Zwickau für die Opposition

Die Metallarbeiter Zwickaus hielten am 3. Mai 1932 im „Becher“ eine leider nicht sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der bevorstehende Verbandstag beschäftigte naturgemäß die Metallarbeiter am meisten. Geschäftsführer, Kollege Hentsch, versäumte es leider, Stellung zu nehmen zu den großen gewerkschaftlichen Fragen des Abwehrestreiks gegen Lohnraub usw. und beschränkte sich lediglich darauf, eine Attacke zu reiten gegen eine Herabsetzung der Beiträge. Die oppositionellen Kollegen mußten das Versäumte nachholen. Drei Anträge der Opposition an den XX. ordentlichen Verbandstag wurden mit 38 gegen 28 Stimmen angenommen. Die Anträge lauten:

1. „Alle Kollegen, die wegen oppositioneller Tätigkeit oder Zugehörigkeit zur RGO aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen wurden, werden wieder im DMV aufgenommen, sofern sie die Bestimmungen des Statuts anerkennen.“

2. Die Schreibweise und die Stellungnahme des Verbandsorgans, der „Metallarbeiter-Zeitung“, gegenüber Sowjetrußland muß geändert werden. Es dürfen nicht nur Mängel und Schwierigkeiten (und diese häufig aus zweifelhaften Quellen) der Lebensverhältnisse und der Wirtschaft der Sowjetunion geschildert, sondern es müssen auch die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion der gesamten Metallarbeiterschaft zur Kenntnis gebracht werden.

3. In den Ortsverwaltungen, Bezirksleitungen und dem Vorstand des DMV werden Arbeitslosenkommisionen geschaffen, in denen die Arbeitslosen ihre besondere Vertretung finden. Den erwerbslosen Kollegen müssen in allen Körperschaften des Verbandes einschließlich der Vertreter- und Vertrauensmänner-Versammlungen Vertretungen ermöglicht werden.“

Zur Urwahl der Verbandstagsdelegierten waren die Vorschlagslisten fertigzustellen. Es erhielten Stimmen: der

Kollege Hentsch (SPD)	39,
„ Seltmann (SAP)	33,
„ Leistner (KPD)	8,
„ Bauer (KPO)	1.

Zur Urwahl stehen demnach die Kollegen Hentsch und Seltmann. Hätten die KPD-Leute ihre von vornherein aussichtslose Liste zurückgezogen, so wären die Reformisten in der Minderheit geblieben. Kollegen, sorgt dafür, daß bei der Urwahl die Liste der SAP die Mehrheit erhält.

30 Prozent Abbau des Urlaubslohnes bei den Gastwirtsangestellten

Die von den Gewerkschaften informierte BS-Korrespondenz berichtet:

Zwecks Neuabschluß des Manteltarifs und der Lohnstarife für die Arbeitnehmer des Berliner Gastwirtsgewerbes fanden am Freitag vor dem Schlichtungsausschuß Verhandlungen statt. Sie führten zur Verlängerung des Manteltarifvertrages bis zum 30. September dieses Jahres mit der Maßgabe, daß die Urlaubsgelder „mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage“ um 30 Proz. gekürzt werden. Die bestehenden Lohnabkommen wurden auf unbestimmte Zeit verlängert und können erstmalig zum 16. Juli dieses Jahres gekündigt werden. Die ausgesprochenen Kündigungen der Angestellten wurden aufgehoben. Diese Vereinbarung wurde von beiden Parteien angenommen, so daß damit der Tarifkonflikt beigelegt ist.

Lohnverschlechterung für Taxichauffeure

Die Verhandlungen vor dem Schlichter über Neuabschluß des gekündigten Lohnabkommens für die Berliner Taxichauffeure haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Inzwischen fanden aber private Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Krafttag statt, wobei angeblich eine baldige Einigung in Aussicht stehen soll. Der Vorschlag der Krafttag geht dahin, die Chauffeure mit 50 Prozent an den Einnahmen unter Gewährleistung einer wöchentlichen Mindestgarantie von 28,50 RM. zu betätigen, wobei die Kraftdroschkenführer den Preis des Benzins für die gefahrenen Leerkilometer tragen sollen.